



Fragestunde vom 26. September 2022

Frage 22.7795 Masshardt

Längerfristige Lieferverträge der Gasnetzbetreiber

Am 18.5.22 verpflichtete der Bundesrat die Gasbranche, Speicher in den Nachbarländern und Optionen für zusätzliche Gaslieferungen für den kommenden Winter zu sichern. Über diese zusätzlichen Lieferungen müssen die Gasnetzbetreiber dem Bund Informationen zukommen lassen und können deren Kosten über die Netznutzungsentgelte an die Konsumentinnen und Konsumenten weiterreichen. Hat der Bundesrat auch Informationen über die längerfristigen Lieferverträge oder Termingeschäfte der Gasnetzbetreiber?

Antwort:

Die Verpflichtung der fünf Gasnetzbetreiber zur Speicherung von Gas sowie zum Kauf von Optionen für zusätzliche Gasmengen wurde, aufgrund der schwierigen Lage auf dem Gasmarkt, auf der Grundlage des Landesversorgungsgesetzes erteilt. Für eine weitergehende Verpflichtung von Netzbetreibern, Versorgern oder Lieferanten zur generellen Lieferung von Angaben zu Langfristverträgen gibt es keine gesetzliche Grundlage. Das Bundesamt für Energie hat stellenweise Kenntnis von Langfristverträgen im Netzbereich, aber auch für die Lieferung von Gas – ohne sämtliche Details der Verträge zu kennen.



Fragestunde vom 26. September 2022

Frage 22.7797 Bircher

Bevölkerungswachstum 2022 und Einfluss auf die Energiekrise

Um wieviele Personen wird die Schweiz 2022 wachsen (brutto und netto) inkl. Aller Ausländerkategorien (PFZ, Drittstaaten, Asyl, S Status, illegale Migration etc.?) Wieviel Strom und Gas brauchen diese Personen pro Jahr (Schätzung)?

Antwort:

Gemäss einer Schätzung des Bundesamtes für Statistik wächst die ständige Wohnbevölkerung der Schweiz im Jahr 2022 um knapp 100'000 Personen. Gemäss Staatssekretariat für Migration werden sich Ende 2022 zudem voraussichtlich rund 20'000 Asylsuchende sowie aufgrund des Ukrainekriegs rund 80'000 bis 120'000 Personen mit Schutzstatus S in der Schweiz aufhalten, welche 2022 zugewandert sind. Der Schutzstatus S ist auf ein Jahr befristet, jedoch verlängerbar.

Gemäss Gesamtenergiestatistik wurden im Jahr 2021 in der Schweiz pro Person rund 6667 kWh Strom und rund 3917 kWh Gas verbraucht. Der Stromverbrauch pro Kopf ist in den letzten fünf Jahren tendenziell gesunken, während der Gasverbrauch pro Kopf eher konstant geblieben ist. Eine isolierte Betrachtung des Einflusses der Bevölkerung auf den Endenergieverbrauch für das Jahr 2022 ist nicht möglich, da das Bevölkerungswachstum nur ein Faktor unter vielen ist, welche die Verbrauchsentwicklung beeinflussen. Die kurzfristig grösseren Einflussfaktoren sind die Konjunkturlage und die Witterung.



Heure des questions du 26 septembre 2022

Question 22.7803 Roth Pasquier

Comment le Conseil fédéral peut permettre aux communes d'éteindre leur éclairage public sans contrevenir à la loi qui les rend responsables en cas d'accident?

Les communes se trouvent dans une impasse concernant leur éclairage public. Celles qui souhaitent l'éteindre pour économiser l'énergie en sont empêchées par la loi sur la circulation routière qui les oblige à tenir éclairés les passages piétons pour des raisons de sécurité. De nombreuses communes ne sont pas encore équipées pour différencier l'éclairage par sites. Par quel moyen le Conseil fédéral peut permettre aux communes de ne pas être hors la loi en éteignant leur éclairage public ?

Réponse :

La question de l'éclairage public de nuit dans les localités n'est pas réglée dans le droit fédéral de la circulation routière, notamment dans l'Ordonnance sur la signalisation routière. Cette question relève de la compétence exclusive des autorités cantonales sur le réseau cantonal ou communal. Il existe, à ce sujet, une norme technique de l'Association suisse des professionnels de la route et des transports (VSS). La norme VSS 40241 concernant les passages pour piétons prévoit, comme règle générale, un éclairage ponctuel des passages si l'éclairage public dans la localité est insuffisant. Cette norme n'a pas de caractère contraignant. Il existe par conséquent pour les autorités cantonales une certaine marge d'appréciation leur permettant de tenir compte de différents critères et aspects (sécurité routière, économies d'énergie etc.). La sécurité des piétons doit être évaluée en fonction de la situation sur place et des circonstances concrètes par l'autorité compétente.

Dans le cadre du programme suisseénergie, la Confédération soutient les communes dans la modernisation de l'éclairage.



Fragestunde vom 26. September 2022

Frage 22.7806 Esther Friedli

Wie viel Kulturland geht mit all den beschlossenen Gesetzen und öffentlichen Projekten verloren?

Kulturland ist die Basis für die Versorgungssicherheit mit Nahrungsmitteln. Mit verschiedenen neuen Gesetzen und öffentlichen Projekten verliert die Schweiz laufend Kulturland. Wie viel Kulturland ging in der Schweiz in den letzten 5 Jahren aufgrund von neuen öffentlichen Bauten, Strassen, Velowegen, Renaturierungen, Gewässerschutzmassnahmen und neuen Gesetzen verloren? Mit welchem Kulturlandverlust rechnet der Bundesrat aufgrund öffentlicher Projekte und neuer Gesetze in den nächsten 5 Jahren?

Antwort:

Gemäss der Arealstatistik haben die Landwirtschaftsflächen in den letzten knapp zehn Jahren um 302 km² abgenommen. Rund 53 Prozent dieses Verlustes wurden durch das Siedlungswachstum verursacht, beispielsweise durch die Zunahme von Wohn- und Gewerbearealen sowie der Zunahme von Verkehrsflächen. Im Vergleich mit den vorangegangenen Jahrzehnten hat sich das Siedlungswachstum ein wenig verlangsamt. Die Kulturlandverluste aufgrund von Renaturierungen und Gewässerschutzmassnahmen sind im Vergleich zu den Verlusten aufgrund des Siedlungswachstums nur sehr gering. Es ist nicht damit zu rechnen, dass der Kulturlandverlust aufgrund von öffentlichen Bauten, Strassen, Velowegen, Renaturierungen, Gewässerschutzmassnahme sprunghaft ansteigen wird, da diese Nutzungen auch schon in der letzten Periode der Arealstatistik realisiert wurden und sich in der Erhebung niedergeschlagen haben.

Der Schutz des Kulturlandes, gerade auch im Hinblick auf die Ernährungssicherheit, hat beim Bund eine hohe Priorität. Mit der Umsetzung des Sachplans Fruchtfolgeflächen zum Schutze der besten ackerfähigen Böden und der Förderung einer Siedlungsentwicklung nach innen wird ein verstärkter Schutz des Kulturlandes angestrebt.



Fragestunde vom 26. September 2022

Frage 22.7807 Friedli Esther

Wer bezahlt die Schäden an Nutztieren, wenn die Gänsegeier vor der Wildhut den Kadaver zerfressen?

Bei Rissen von Nutztieren durch Grossraubtiere muss ein Wildhüter eindeutig feststellen, dass der Riss durch ein Grossraubtier geschehen ist. In unwegsamem Gelände kommen immer mehr Gänsegeier vor der Wildhut an den Schadensplatz. Diese vertilgen den Kadaver so, dass ein eindeutiger Grossraubtierriß nur noch schwer identifizierbar ist. Wie gedenkt der Bund die Entschädigung von gerissenen Nutztieren zu regeln, die vom Geier gefressen werden, bevor die Wildhut den Riss beurteilt hat?

Antwort:

Der Bund fördert Weideformen, bei denen ständig behirtet oder regelmässig kontrolliert und eingezäunt wird. Grossraubtierrisse können auf solchen Weiden rasch entdeckt und von den Wildhüterinnen und Wildhütern begutachtet werden. Wenn sich Nutztiere in unwegsames Gelände verirren oder Schafe auf abgelegene Standweiden aufgetrieben werden, sollte die Weideführung und -form überprüft werden.



Fragestunde vom 26. September 2022

Frage 22.7809 Candinas

Wer profitiert wie stark vom Monitoring von Grossraubtieren, insbesondere von Wölfen?

1. Wie hoch sind die Ausgaben des Bundes für das jährliche Monitoring von Grossraubtieren, insbesondere von Wölfen (direkte Aufträge, via Beitragswesen, Zahlungen an Kantone, allenfalls weitere)?
2. Welche Organisationen/Unternehmen sind darin eingebunden und mit welchen Beträgen werden diese entgolten?
3. Welche fachlichen Anforderungen werden an die Empfänger gestellt? Wie wird die Einhaltung überprüft (Qualitätskontrolle)?
4. Sind dem Bund die Zusatzaufwendungen der Kantone bekannt?

Antwort:

1. Der Bund investiert jährlich 1,1 Millionen Franken in das Monitoring der Grossraubtiere Luchs, Wolf, Bär und Goldschakal. Die Kosten für das Wolfsmonitoring belaufen sich auf insgesamt 500'000.- Franken.
2. Mit dem Grossraubtiermonitoring hat das BAFU derzeit zwei Institutionen betraut: einerseits die von den Kantonen geführte Stiftung KORA (Raubtierökologie und Wildtiermanagement) und andererseits das Laboratoire de Biologie de la Conservation der Universität Lausanne.
3. Beide genannten Organisationen sind wissenschaftliche Institutionen. Das BAFU führt mindestens vierteljährlich Besprechungen mit diesen Institutionen durch, um die Umsetzung des Mandats zu besprechen.
4. Gewisse Kantone, wie zum Beispiel Graubünden und Wallis, halten ihre Zeitaufwendungen für den Umgang mit dem Wolf (Monitoring, Riss-Beurteilungen, Abschüsse) fest und lassen diese Information dem BAFU zur Kenntnis zukommen. Diese Angaben schwanken zwischen 50'000.- und 200'000.- Franken, je nach Jahr und Anzahl Abschussvorhaben.



Fragestunde vom 26. September 2022

Frage 22.7810 Candinas

Wird die Rückstufung des Schutzstatus des Wolfes von "streng geschützt" auf "geschützt" an der nächsten Sitzung des Ständigen Ausschusses der Berner Konvention vom November 2022 traktandiert?

Auf meine Frage 22.7270 schreibt der Bundesrat: "Das zuständige Bundesamt für Umwelt engagiert sich für die Traktandierung des Antrags. Über die Traktandenliste des Ständigen Ausschuss entscheidet das Büro der Konvention entweder an seiner Sitzung im April oder im September."

1. Was hat das BAFU seit März 2022 ganz konkret für die Traktandierung und Rückstufung unternommen?
2. War das BAFU erfolgreich und wird der Ständige Ausschuss im November über eine Rückstufung befinden?

Antwort:

1. Das BAFU war bezüglich der Traktandierung sowohl mit dem Sekretariat der Berner Konvention wie dem Büro des Ständigen Ausschusses der Konvention in Kontakt. Das BAFU hat sich dafür eingesetzt, dass dem Ständigen Ausschuss in seiner Sitzung vom 29. November bis 2. Dezember 2022 eine aktuelle Bewertung der IUCN-Experten zum Erhaltungszustands des Wolfs in Europa vorgelegt wird. Zudem wurde seitens BAFU beantragt, dass der Antrag der Schweiz zur Rückstufung des Schutzstatus des Wolfs an dieser Sitzung traktandiert wird.
2. Ja, der Antrag der Schweiz ist für die November-Sitzung 2022 traktandiert.



Heure des questions du 26 septembre 2022

Question 22.7814 Buffat

Réduction des émissions de CO₂, personnes à protéger et clandestins

En ratifiant l'Accord de Paris le 6 octobre 2017, le Conseil fédéral s'est engagé à réduire de moitié d'ici à 2030 les émissions par rapport à 1990. Il a annoncé un objectif indicatif de 75-80% d'ici à 2050. Dans quelle mesure les émissions liées à une augmentation de la population sont-elles prises en compte dans ces objectifs ? Dans quelle mesure les émissions concernant les personnes à protéger et les sans-papiers peuvent-elles être déduites de ces objectifs ?

Réponse :

La Suisse a annoncé au niveau international vouloir atteindre la neutralité climatique d'ici 2050. En janvier 2021, le Conseil fédéral a adopté la stratégie climatique à long terme de la Suisse. Elle montre les trajectoires des émissions vers le zéro net jusqu'en 2050 et illustre que cet objectif est atteignable. La stratégie s'appuie sur les perspectives énergétiques 2050+ de l'Office fédéral de l'énergie. Celles-ci tiennent compte d'une part de l'évolution démographique à long terme et d'autre part du développement économique. Les émissions de la Suisse sont mesurées selon la quantité de gaz à effet de serre émise à l'intérieur des frontières nationales.



Fragestunde vom 26. September 2022

Frage 22.7815 Wismer Priska

Einzahlungen der Windenergie in den Fonds des Bundes für erneuerbare Energien (Netzzuschlagfonds)

Die Strompreise sind seit rund einem Jahr massiv gestiegen. Dies hat dazu geführt, dass von einigen Erzeugern von erneuerbarem Strom nicht Geld aus dem Netzzuschlagfonds bezogen, sondern im Gegenteil eingezahlt wurde.

Wieviel hat die Schweizer Windkraft seit dem 4. Quartal 2021 in den Fonds einbezahlt?

Antwort:

Die Firma Pronovo AG ist für die Abwicklung der Förderprogramme für erneuerbare Energien des Bundes zuständig. Gemäss den Angaben von Pronovo AG haben die Betreiber von Windenergieanlagen im 4. Quartal 2021 und im 1. Quartal 2022 total 3,62 Mio. Schweizer Franken in den Netzzuschlagsfonds einbezahlt.



Fragestunde vom 26. September 2022

Frage 22.7820 Glättli

Die Stromlücke ist eine Effizienzlücke

Wie das BFE bereits Anfang Jahr in einem Bericht festgehalten hat, ist die Stromlücke wesentlich eine Effizienzlücke. Heute wird massiv Strom verschwendet - über 20 TWh. Eine Eindämmung der Verschwendung und Stärkung der Effizienz ist zudem rascher zu erreichen und günstiger als der Zubau von Energieproduktion. Mit welcher Strategie realisiert der Bundesrat Quick-Wins im Bereich der Effizienz angesichts der aktuell drohenden Versorgungskrise?

Antwort:

Die Energieeffizienz ist einer der Pfeiler der Energiestrategie des Bundes. Mit der Strategie im Bereich der Stromeffizienz werden mehrere Stossrichtungen verfolgt, deren Massnahmen ihre Wirkung zeitlich gestaffelt entfalten. Vor dem Hintergrund der derzeitigen Krise werden die Quick-Wins in der Kampagne nicht-verschwenden.ch sehr deutlich aufgezeigt. Die Website der Kampagne präsentiert ein Bündel von Massnahmen, die von der Bevölkerung und von den Unternehmen freiwillig umgesetzt werden können. Zahlreiche Akteure – Vereinigungen, Dachverbände und Unternehmen, die sich zur Energiespar-Alliance zusammengeschlossen haben – unterstützen diese Massnahmen und tragen dazu bei, den Bemühungen mehr Schub zu verleihen. Zu erwähnen sind überdies die Unterstützung bei der Umsetzung von Stromeffizienzmassnahmen sowie die Sensibilisierung und Schulung privater und beruflicher Nutzerinnen und Nutzer in Bezug auf den Kauf und den korrekten Einsatz von Geräten und Anlagen. Zudem wird der Bundesrat demnächst die Effizienzvorgaben für diverse Elektrogeräte verschärfen. Und mit dem Gebäudeprogramm wird die Unterstützung für den Ersatz von Elektroheizungen weitergeführt.



Fragestunde vom 26. September 2022

Frage 22.7822 Binder

Versorgungssicherheit fördern. Solar- und Windkraft-Strom aus privater Produktion nicht erschweren

In der Schweiz ist der Strommarkt nur für Unternehmenskunden liberalisiert. Es behindert die private Produktion aus Solar- und Windkraftenergie. Auch der seit 2018 mögliche «Zusammenschluss zum Eigenverbrauch (ZEV)» gibt den lokalen Lieferanten zu viel Einfluss. Welche Möglichkeiten sieht der Bundesrat, die Stromproduktion und den Stromaustausch auch in EFH-Siedlungen oder Klein-Quartieren zu fördern? Ist er bereit, Gesetzesänderungen vorzuschlagen, zugunsten der privaten Produktion.

Antwort:

Kleine Endverbrauchinnen und -verbraucher können heute nicht frei entscheiden, bei wem sie ihren Strom kaufen. Sie beziehen diesen vom lokalen Energieversorgungsunternehmen (EVU). Endverbraucherinnen und -verbraucher mit einer genügend grossen Photovoltaikanlage können sich aber einen Zusammenschluss für den Eigenverbrauch (ZEV) gründen und damit teilweise vom lokalen EVU unabhängig werden. Dies kann in Zeiten hoher Strompreise wirtschaftlich attraktiv sein. Das Parlament berät derzeit das Bundesgesetz über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien. Dabei wird auch die Einführung von lokalen Energiegemeinschaften diskutiert. Innerhalb solcher Gemeinschaften wäre es auch kleinen Produzentinnen und Endverbrauchern möglich, Strom innerhalb eines begrenzten Gebietes direkt auszutauschen. Dazu dürften sie das öffentliche Stromnetz benutzen und könnten von reduzierten Netztarifen profitieren.



Heure des questions du 26 septembre 2022

Question 22.7830 Fivaz Fabien

Quelle valorisation pour les déchets de chantier de la A20?

Le 27 juillet 2020, le quotidien Arcinfo annonçait que le futur chantier de la A20 (contournement du Lode) produirait 3 millions de tonnes de déchets et que seulement 50 à 60% serait acheminé par le rail vers des lieux de valorisation.

- Ces chiffres sont-ils exacts?
- Qu'advient-il des 40-50% restant?
- Dans le cadre du plan de gestion des matériaux en cours d'élaboration, ne serait-il pas cohérent d'évacuer l'ensemble des déchets par le rail?

Réponse :

1. Oui, les chiffres sont corrects (3,4 millions de tonnes).
2. Les matériaux restants (46%) seront acheminés par route aux lieux de valorisation.
3. Malheureusement, il n'est pas possible de tout transporter par le train. Une partie des matériaux (17%) sera produite avant la mise en service de la plateforme logistique pour le transport par rail au Col de Roches à l'Ouest de la Ville du Locle. Les mesures urgentes de sécurisation de la carrière des Granges ne permettent pas d'attendre davantage. Une autre partie des matériaux (9%) sera produite à l'Est de la Ville. Le transport vers la plateforme logistique à l'Ouest passerait par le centre-ville du Locle. Cette solution n'est pas raisonnable. La partie restante (20%) sera produite après le démantèlement des installations logistiques de chargement des trains ce qui est nécessaire pour achever la construction de la route à la sortie Ouest du Tunnel.



Fragestunde vom 26. September 2022

Frage 22.7834 Gugger Förderung der Gütertransporte

Die Motion Herzog zur Förderung der Gütertransporte auf dem Rhein wurde 2020 angenommen. Zwischenzeitlich hat sich die Situation für die Binnenschifffahrt und Hafenlogistik weiter verschlechtert. Durch die Verknappung von Schiffsraum (Abzug von Schiffen für Getreide ex Ukraine und Kohletransporte für Deutschland) sowie extremes Niederwasser sind die Transportkosten enorm angestiegen. Welche kurzfristigen Massnahmen werden getroffen, um weiterhin eine ökologische Landesversorgung zu gewährleisten.

Antwort:

Der Bund sieht keine kurzfristigen Massnahmen zugunsten der Güterschifffahrt auf dem Rhein vor. Für solche Massnahmen bestehen keine Rechtsgrundlagen. Im Rahmen der Landesversorgung gibt es für die wichtigsten Güter des täglichen Bedarfs Pflichtlager, welche kurzfristigen Versorgungsengpässen vorbeugen.

Die Erfüllung der Motion Herzog 20.3286 ist Gegenstand der Vernehmlassungsvorlage zur «Weiterentwicklung der Rahmenbedingungen für den Schweizer Gütertransport», welche noch dieses Jahr eröffnet werden soll. Die dort vorgesehenen Massnahmen sind langfristiger Natur.

Betreffend Niedrigwasser werden verschiedene mittel- bis langfristige Massnahmen angestrebt. Die Zentralkommission für die Rheinschifffahrt sucht auf Ebene der Anrainerstaaten des Rheins zusammen mit der Industrie nach Lösungen, Niedrigwassersituationen besser zu bewältigen. Digitale Daten liefern heute schon aktuelle und genaue Angaben zu Pegelständen. Die Entwicklung neuer Schiffstypen mit weniger Tiefgang oder das Vertiefen von Fahrrinnen soll den Transport auch bei Niedrigwasser ermöglichen. Klimaschutzmassnahmen können langfristig helfen, Niedrigwasser abzuschwächen.



Heure des questions du 26 septembre 2022

Question 22.7734 Maître

Des solutions pratiques pour l'accompagnement à domicile des seniors (live-in)

Un arrêt du Tribunal fédéral (ATF 20_470/2020) resp. son interprétation par le SECO rend impossible dans la pratique l'accompagnement à domicile des seniors (live-in) par une seule personne si celle-ci est employée par un bailleur de services - ceci alors que la location de services, réglementée par la loi et les partenaires sociaux, offre plus de sécurité aux travailleurs que l'engagement direct. Que font le Conseil fédéral et le SECO pour permettre des solutions pratiques dans ce domaine ?

Réponse

Le Tribunal fédéral statue en dernière instance sur les questions d'interprétation de la loi sur le travail, et ses arrêts lient les autorités chargées de l'exécution, respectivement de la haute-surveillance de l'exécution. En l'occurrence, à partir du moment où la loi sur le travail s'applique, ce que cette jurisprudence a confirmé lorsqu'il y a location de services, la prise en charge en continu par une personne au sein d'un ménage privé est exclue. Le SECO n'a donc aucune marge de manœuvre à cet égard et il peut uniquement examiner si une adaptation du régime de dérogation prévu par l'ordonnance 2 relative à la loi sur le travail est envisageable. Des discussions à ce sujet auront prochainement lieu avec les partenaires sociaux. Cela étant, une telle démarche prendra du temps et, même si elle aboutit, ne permettra en aucun cas de revenir à la situation qui prévalait avant l'arrêt susmentionné du Tribunal fédéral. Les ménages privés concernés doivent donc prendre des dispositions pour modifier l'organisation de ce type de prise en charge.



Heure des questions du 26 septembre 2022

Question 22.7753 Wettstein

Reduktion des Energieverbrauchs im Handel mit Kryptowährungen

Der Zahlungsverkehr und Handel mit Kryptowährungen verursacht immensen Stromverbrauch. Welche Möglichkeiten des Eingriffs und der Regelung hat die Schweiz, diesen Energieverschleiss zu senken? Welches wären die kurzfristig möglichen Massnahmen in Zeiten einer Strommangellage, welche unser Land ergreifen könnte? Wird das Thema von OSTRAL, der Organisation der Stromversorgung in ausserordentlichen Lagen, bearbeitet?

Réponse

En cas de pénurie d'électricité en Suisse, les fournisseurs de services de cryptomonnaies sont soumis aux mêmes mesures de gestion de l'électricité que les autres consommateurs d'électricité. Une des mesures serait en particulier le contingentement des gros consommateurs ayant une consommation annuelle de plus de 100 mégawattheure.

Il n'existe pas de données sur la consommation électrique venant du réseau suisse des services de cryptomonnaies. Il sied de relever que les cryptomonnaies sont organisées de manière décentralisée dans le monde entier. La phase gourmande en électricité de « mining » se fait en général dans les pays où l'électricité est la moins chère.



Heure des questions du 26 septembre 2022

Question 22.7781 Baumann

Drei Bundesämter entwickeln eine Klimastrategie für die Land- und Ernährungswirtschaft — wie sieht es mit einer Biodiversitätsstrategie in diesem Bereich aus?

Der Bundesrat erklärt auf meine Frage 22.7446 zur drohenden Mangellage aufgrund der aktuellen Biodiversitäts- und Klimakrise, man sei beim BLW, BLV und BAFU an einer gemeinsamen Klimastrategie für die Land- und Ernährungswirtschaft, die dieses Jahr veröffentlicht werde.

- Wie ist die Zusammenarbeit der drei Ämter zur Ernährungssicherheit angesichts der Biodiversitätskrise organisiert?
- Ist auch eine Biodiversitätsstrategie für die Land- und Ernährungswirtschaft in Arbeit?

Réponse

La stratégie Climat pour l'agriculture et l'alimentation est développée par les trois offices OFAG, OSAV et OFEV dans le cadre d'un projet commun. Le mandat découle du Plan d'action relatif à la Stratégie de développement durable 2030 du Conseil fédéral. Il est prévu que la stratégie Climat soit publiée début 2023. Il n'existe actuellement aucun projet de ce type dans le domaine de la biodiversité.

Le plan d'action de la stratégie Biodiversité Suisse de 2017 contient des mesures dites de synergie, qui ont pour but de promouvoir de manière encore plus optimale les efforts communs de différents domaines politiques. L'OFEV est actuellement en train de travailler à la deuxième phase de mise en œuvre 2024-27. Les mesures de la première phase de mise en œuvre sont poursuivies, adaptées ou complétées sur la base d'une analyse d'impact.

Dans le rapport sur l'orientation future de la politique agricole, le Conseil fédéral constate qu'au-delà de l'agriculture, un développement est également nécessaire aux échelons en aval de l'agriculture et au niveau de la consommation, afin que le système alimentaire dans son ensemble devienne plus durable. La collaboration entre les différents offices et départements va encore s'intensifier dans une perspective de système alimentaire.



Heure des questions du 26 septembre 2022

Question 22.7782 Baumann Versorgungssicherheit durch Resilienz

Auf die Ip. 22.3032 schreibt der Bundesrat, durch die Erhaltung der fruchtbaren Böden, der Biodiversität und der übrigen Produktionsgrundlagen sowie der Verarbeitungskapazitäten soll eine hohe Resilienz der Inlandproduktion von Nahrungsmitteln sichergestellt werden. Wichtig dafür seien ressourceneffiziente Technologien sowie standortangepasste und resistente Sorten und Kulturen.

-Was macht der Bundesrat konkret, um dies sicherzustellen und zu fördern?

-Was ist zusätzlich zu tun?

Réponse

Dans le message relatif à la Politique agricole à partir de 2022, le Conseil fédéral propose d'octroyer des contributions aux améliorations structurelles dans le cas de constructions, installations, machines et applications technologiques qui contribuent à promouvoir la santé et le bien-être des animaux et à limiter les effets négatifs de la production agricole sur l'environnement. Toujours dans le message PA22+, le Conseil fédéral propose la création d'un centre de compétence et d'innovation pour la sélection végétale.

Par ailleurs, lors de la consultation relative au train d'ordonnances agricoles 2022, le DEFR a proposé d'attribuer des aides financières pour la plantation de variétés robustes. La décision du Conseil fédéral à ce sujet est attendue au cours du dernier trimestre 2022. Mentionnons également les travaux d'Agroscope, par exemple l'étude variétale, qui visent à mettre à disposition des variétés robustes.

Dans son rapport sur l'orientation future de la politique agricole, le Conseil fédéral a défini comme champ d'action l'amélioration de l'efficacité des ressources et l'adaptation aux conditions locales. Des mesures seront donc développées en ce sens dans le cadre de la future politique agricole.



Heure des questions du 26 septembre 2022

Question 22.7784 Wehrli Où en sont les medtech ?

Suite à la stagnation actuelle des discussions avec l'Union européenne, les entreprises suisses du secteur des medtech n'ont toujours pas retrouvé un accès libéralisé au marché européen. Quelles sont les conséquences en Suisse (perte d'emplois, d'entreprises, coûts supplémentaires du matériel sanitaire importé, etc.) ? Quelles mesures le Conseil fédéral entend prendre contre cette situation péjorante et éviter que de nombreuses entreprises s'installent dans l'Union européenne plutôt qu'en Suisse ?

Réponse

La situation actuelle concernant l'ARM pour les dispositifs médicaux implique des coûts additionnels que l'industrie suisse medtech estime à 2% du chiffre d'affaires pour les fabricants. Il s'agit du coût estimé de la mise en place d'un mandataire dans l'UE et en Suisse. Selon une récente enquête de l'association Swiss Medtech, cette situation a également pour conséquence que quelque 1200 entreprises medtech étrangères exportant vers la Suisse ont pris la décision de réduire leur portefeuille de dispositifs médicaux pour le marché suisse. L'industrie estime la perte à environ 500 millions de francs.

Malgré les défis auxquels le secteur doit faire face, l'industrie suisse medtech n'a observé aucune érosion sur le front de l'emploi, cela en raison de la croissance robuste et soutenue du secteur. Elle a néanmoins connaissance de quelques cessations d'activités de distributeurs, sans toutefois pouvoir les chiffrer. L'industrie suisse des medtech estime aussi que la Suisse, en tant que lieu d'attraction de quartiers généraux de firmes étrangères, est moins attrayante.

Afin de garantir l'approvisionnement de la Suisse en dispositifs médicaux, le Conseil fédéral a pris plusieurs mesures d'atténuation. En particulier, la Suisse reconnaît de manière unilatérale les certificats de conformité délivrés par l'UE pour les dispositifs médicaux, ce qui facilite l'accès au marché suisse de tels produits en provenance de l'UE.



Heure des questions du 26 septembre 2022

Question 22.7792 Meyer Mattea

Bei einer drohenden Mangellage wird insbesondere das Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung stark gefordert sein

Ende November wird der aktuelle Delegierte in Pension gehen. Wann wird bekannt, wer in dieser herausfordernden Situation die Nachfolge antreten wird?

Réponse

L'objectif est de pourvoir le poste de délégué le plus rapidement possible, compte tenu du départ à la retraite imminent du délégué actuel. Le Conseil fédéral a déjà décidé au printemps de mettre au concours à plein temps la fonction de délégué, qui est actuellement exercée à un taux d'occupation de 40%, cela compte tenu de la guerre en Ukraine et des défis à relever. Le poste a été mis au concours en juin 2022. La procédure de sélection est encore en cours. Il est possible que le poste soit occupé "ad interim" dans un premier temps. L'exercice de la fonction à plein temps doit permettre au ou à la délégué/e nouvellement nommé/e de faire face aux tâches et responsabilités supplémentaires liées à la crise actuelle. Dans tous les cas, il s'agit d'assurer un transfert ordonné des tâches sans vacance. Le Conseil fédéral annoncera prochainement la nomination du ou de la nouvelle délégué/e.



Heure des questions du 26 septembre 2022

Question 22.7793 Wermuth

Wann informiert der Bundesrat endlich Wirtschaft und Haushalte über die Massnahmen im Falle einer Strommangellage?

Für Unternehmen und Haushalte ist in Zeiten der Krise Planungssicherheit zentral. Gedenkt der Bundesrat noch im September die Öffentlichkeit informieren, wie er im Falle einer Strommangellage vorgehen will? Hat er vor, die entsprechende Verordnung analog zum Gas zu veröffentlichen und zu konsultieren? Wenn nein, warum?

Réponse

Comme dans le domaine du gaz, les ordonnances sur les mesures en cas de pénurie grave d'électricité iront en consultation publique cet automne pour une durée prévue de trois semaines. Le Conseil fédéral souhaite prendre en compte les retours de la consultation sur le gaz qui s'est terminée le 22 septembre 2022. En outre, l'Approvisionnement économique du pays examine, en collaboration avec les parties prenantes, comment les mesures peuvent être structurées de la manière la plus favorable possible à l'économie et il clarifie encore des questions techniques.



Heure des questions du 26 septembre 2022

Question 22.7799 Munz

Versorgungssicherheit: Biodiversitäts- und Klimaziele angemessen berücksichtigen und Massnahmen in der Landwirtschaftspolitik ergreifen

Der Bundesrat antwortet auf das Postulat 20.3433, dass er bereit sei, auf Basis einer Gesamtschau bezüglich Auslandsabhängigkeit und Versorgungssicherheit die richtigen Lehren aus der Corona-Krise zu ziehen. Der Ukrainekrieg kommt jetzt noch dazu.

- Bis wann will er eine solche Gesamtschau publizieren?
- Wird dabei die Biodiversitäts- und Klimaziele und die Tragfähigkeit der Ökosysteme angemessen berücksichtigt?
- Werden dabei Massnahmen für die Ernährungs- und Landwirtschaftspolitik aufgezeigt?

Réponse

Le rapport mentionné dans la réponse au postulat 20.3433 a été publié le 31 août 2022. Il donne suite à la motion 20.3268 Häberli-Koller « Biens essentiels. Réduire notre dépendance économique. » du 4 mai 2020. Ce rapport examine le rôle des chaînes de valeur internationales dans la sécurité de l'approvisionnement de la Suisse en biens essentiels et offre une vue d'ensemble des mesures actuelles du Conseil fédéral en matière de sécurité d'approvisionnement. En ce qui concerne les mesures sectorielles, comme par exemple en matière de politique agricole, le rapport renvoie aux stratégies et aux rapports correspondants du Conseil fédéral.

Au niveau de la politique agricole, le Conseil fédéral a adopté le 22 juin 2022 le rapport en réponse aux postulats 20.3931 et 21.3015, qui comprend une stratégie visant à préserver durablement la sécurité alimentaire. La future politique mettra l'accent sur tout le système alimentaire et non plus uniquement sur la production agricole. Il s'agit de réformer l'ensemble du système alimentaire, de sorte que les modes de production et de consommation durables puissent se renforcer mutuellement.



Heure des questions du 26 septembre 2022

Question 22.7800 Herzog Verena Fragwürdige Forschungsgelder für SP-Aktivistin

Leandra Dias, UNI Bern, untersucht wie Wähler von der SVP abgeworben werden können. Beahlt der Bund an dieses Projekt, damit es unter Horizon Europe durchgeführt werden kann und wie hoch ist der finanzielle Beitrag? Welchen Nutzen sieht der Bundesrat in einer solchen Arbeit, unabhängig davon, welche Partei zitiert wird?

Réponse

La Confédération encourage la participation des chercheurs et des innovateurs en Suisse aux projets du paquet Horizon 2021-2027, cela aussi dans la situation actuelle de pays tiers non associé. Elle finance directement les participants suisses à tous les projets qui sont réalisés dans le cadre de ces programmes. Les chercheurs et innovateurs suisses s'adressent au SEFRI dès lors qu'ils ont reçu une évaluation positive de la Commission européenne, ce qui les rend en principe éligibles pour un financement de la Confédération. L'implication du chercheur suisse et le montant du financement alloué sont contrôlés en détail par le SEFRI. En revanche, le SEFRI ne procède pas à une réévaluation du contenu du projet.

S'agissant du projet de l'Université de Berne, tel que mentionné dans la question, aucune demande de financement n'est à ce jour parvenue au SEFRI.



Heure des questions du 26 septembre 2022

Question 22.7804 Herzog Verena

Wie viel kostet ein Medizinstudium in der Schweiz?

Das Ausbilden eines Arztes gilt gemeinhin als teuerstes Studium. Für die Schweiz gibt es keine klaren Zahlen für die Kosten eines Medizinstudiums. Wie viel kostet die vollständige Ausbildung eines Medizinstudenten und wie hoch sind die Unterschiede in den Kosten an den verschiedenen medizinischen Fakultäten?

Réponse

Les études de médecine sont les études universitaires les plus onéreuses. La formation se déroule tant dans les universités que dans des hôpitaux universitaires. Jusqu'à présent, les coûts occasionnés dans les hôpitaux n'étaient pas complètement recensés. Sur mandat de la Conférence suisse des hautes écoles, un projet en cours a pour objectif de déterminer les coûts totaux réels des études de médecine, à savoir les coûts générés pour l'enseignement et la recherche dans les universités et les hôpitaux universitaires. Le projet prend en compte les cinq universités qui proposent une formation complète en médecine humaine : Bâle, Berne, Genève, Lausanne et Zurich et leurs hôpitaux universitaires.

En 2020, les coûts par étudiant pour les études de médecine s'élevaient en moyenne à 106 880 francs par an. Le cursus complet de six années d'études coûte ainsi environ 642 000 francs.

La fourchette de coûts entre les différents sites est toutefois considérable. Par exemple, les coûts par étudiant en 2020 étaient de 84 658 francs à Berne, alors que Genève affichait la même année des coûts de formation de 153 185 francs. Ces écarts s'expliquent notamment par des coûts élevés de la recherche par étudiant, qui diffèrent selon les sites.



Heure des questions du 26 septembre 2022

Question 22.7811 Fabio Regazzi

Sanctions contre la Russie: l'Ordonnance autorise le trading et le transport de pétrole russe, mais interdit les autres services sans lesquels il est impossible d'effectuer une vente.

Les sanctions contre la Russie autorisent le négoce de pétrole russe s'il ne vient pas en Suisse. L'art. 12b ne contient pas une telle limitation territoriale et interdit les services annexes.

Le CF prévoit-il de respecter le principe d'égalité de traitement et ne pas péjorer les entreprises suisses face à leurs concurrents ? Serait-il prêt à modifier l'ordonnance s'agissant des exceptions de la période transitoire prévue à l'art. 35 al. 15 de l'ordonnance ?

Réponse

Le 10 juin 2022, le Conseil fédéral a décidé de reprendre le sixième paquet de sanctions à l'encontre de la Russie. Cette décision a été mise en œuvre le 29 juin 2022. Les mesures sont analogues à celles adoptées par l'UE. Ainsi, la fourniture de services en lien avec le transport vers des pays tiers de pétrole brut ou de produits pétroliers originaires de Russie, ou exportés depuis la Russie, est aussi interdite dans l'UE. On ne peut donc en aucun cas dire que les entreprises suisses soient péjorées face à leurs concurrentes européennes. Le SECO s'efforce en outre d'aligner le plus étroitement possible la mise en œuvre des sanctions sur la pratique de l'UE.

Les interdictions de fourniture de services dont il est question ne s'appliquent pas aux opérations régies par un contrat antérieur au 30 juin 2022 et exécutées jusqu'au 5 décembre 2022 – date de l'entrée en vigueur de l'embargo sur le pétrole russe. Là aussi, les mêmes règles s'appliquent en Suisse et dans l'Union européenne.



Heure des questions du 26 septembre 2022

Question 22.7816 Imboden

Energiesparen: Leuchtreklamen und Dekorationsbeleuchtung ausschalten II

Gemäss Art 32 Landesversorgungsgesetz kann der Bundesrat bei «einer unmittelbar drohenden oder bereits bestehenden schweren Mangellage» «zeitlich begrenzte wirtschaftliche Interventionsmassnahmen» beschliessen um den Energieverbrauch einzuschränken (22.7574). Droht nicht bereits heute eine Mangellage? Wie definiert der Bundesrat eine unmittelbar drohende schwere Mangellage? Wie hoch ist die Einsparung, wenn Leuchtreklamen und Dekorationsbeleuchtungen ab 22h abgeschaltet werden?

Réponse

Actuellement, la Suisse ne se trouve pas dans une situation de pénurie grave d'électricité imminente ou déclarée. Selon la loi sur l'approvisionnement économique du pays, le Conseil fédéral peut prendre des mesures de gestion de l'électricité, limitées dans le temps, lorsque l'économie privée ne peut plus faire face à une pénurie grave par ses propres moyens. Par exemple, soit parce qu'il n'est plus possible d'importer de l'électricité, soit parce que l'importation en est limitée.

Le potentiel d'économie en éteignant les enseignes publicitaires lumineuses n'est pas connu pour la Suisse. Les seuls chiffres à disposition datent de 2010 et ne reflètent plus la consommation actuelle, étant donné le passage à la technologie LED beaucoup moins gourmande en énergie. Selon l'étude annuelle effectuée pour l'Office fédéral de l'énergie sur la consommation énergétique par application, l'éclairage représentait en 2020 12,6 % de la consommation d'électricité totale en Suisse. Dans le secteur de l'éclairage, 63 % de la consommation d'électricité relève du secteur des services. Un important potentiel d'économie existe donc.



Heure des questions du 26 septembre 2022

Question 22.7823 Weichelt

Wie viele Gelder fliessen in die Kinderonkologie-Forschung

Der Bundesrat ist gebeten, Auskunft zu geben über: «Welcher Bundesbeitrag fliesst in die Kinderonkologieforschung und wieviel Prozent macht dies vom totalen Forschungsbudget des Bundes aus»?

Réponse

La Confédération soutient, au titre de l'article 15 de la loi sur l'encouragement de la recherche et de l'innovation, le Groupe suisse de recherche clinique sur le cancer et le Groupe d'oncologie pédiatrique suisse, en tant qu'établissements de recherche d'importance nationale.

Les deux organisations développent et réalisent des projets de recherche de haute qualité scientifique dans le suivi thérapeutique de patients atteints de cancer. Le Groupe d'oncologie pédiatrique suisse, en particulier, a pour objectif d'encourager une recherche sur le cancer centrée sur les patients, qui vise expressément les enfants et les adolescents.

Au cours de la période 2021-2024, la contribution fédérale aux deux organisations se monte à quelque 27 millions de francs. Ce montant représente environ 6 % du plafond de dépenses de 457 millions de francs approuvé pour les établissements de recherche d'importance nationale.



Heure des questions du 26 septembre 2022

Question 22.7832 Müller-Altermatt

Was passiert mit der Strom produzierenden Infrastruktur in Mangellagen?

Bei Strommangellagen werden Bewirtschaftungsmassnahmen auf der Produktions- wie auch auf der Verbrauchsseite ergriffen. Es gibt aber zahlreiche Infrastrukturen, die sowohl Strom verbrauchen als auch produzieren (z.B. Kläranlagen, Kehrlichtverbrennungsanlagen etc.). Wie wird in der Mangellage verhindert, dass durch Bewirtschaftungsmassnahmen auf der Verbrauchsseite solche Strom erzeugende Infrastruktur unterversorgt wird und dadurch die Produktionsseite leidet?

Réponse

D'abord, il est important de noter que les coupures de courant planifiées sont une mesure de dernier recours pour éviter un black-out. Avant de prendre cette mesure, des restrictions d'utilisation sont édictées et, le cas échéant, les gros consommateurs sont contingentés.

En cas de délestages cycliques, c'est-à-dire de coupures de courant planifiées, les zones de réseau dans lesquelles la production d'électricité est supérieure à la consommation d'électricité peuvent être exemptées de ces coupures. La décision concernant ces exceptions devrait être prise par les gestionnaires de réseau de distribution chargés de la préparation des délestages cycliques, selon les possibilités techniques et en collaboration avec les cellules de crise locales.



Heure des questions du 26 septembre 2022

Question 22.7833 Müller-Altermatt

Kommunale Infrastruktur in der Strommangellage

Der Ausfall von kommunaler Infrastruktur wie Trinkwasserversorgungen oder Kläranlagen zeitig schnell weitreichende Folgen. Die Infrastrukturen und/oder ihre Steuerung sind oftmals über die Unterwerke so ans übergeordnete Stromnetz angeschlossen, dass es nicht möglich ist, sie separat mit Strom zu versorgen, sollten die umgebenden Gebiete von Verbrauchseinschränkungen betroffen sein. Wie wird im Falle einer Strommangellage damit umgegangen? Wird kommunale Infrastruktur im Notfall privilegiert?

Réponse

D'abord, il est important de noter que les coupures de courant planifiées sont une mesure de dernier recours pour éviter un black-out. Avant de prendre cette mesure, des restrictions d'utilisation sont édictées et, le cas échéant, les gros consommateurs sont contingentés.

Lorsque cela est techniquement possible, les infrastructures des réseaux d'eau potable et les stations d'épuration restent exclus des délestages cycliques (coupures de courant planifiées). Toutefois, ces exceptions à la déconnexion, comme mentionnées dans la question, ne sont pas possibles dans tous les cas, en raison des conditions techniques comme le raccordement au réseau électrique et la topologie du réseau. La décision concernant ces exceptions devrait être prise par les gestionnaires de réseau de distribution chargés de la préparation des délestages cycliques, selon les possibilités techniques et en collaboration avec les cellules de crise locales. Celles-ci déterminent les infrastructures concernées.



Heure des questions du 26 septembre 2022

Question 22.7835 Gugger

Wie ambitioniert sollen Biodiversitätsschäden vermieden werden?

Auf meine Frage 22.7539, weshalb die Biodiversität im Kulturland trotz hoher Zahlungen schwinde, sagt der Bundesrat, der Bericht der GPK-S zeige, dass die geplanten Massnahmen «in die richtige Richtung gehen». Laut GPK-S «reichen die bisher ergriffenen Massnahmen eindeutig nicht aus, um den Rückgang der Artenvielfalt zu verhindern».

- Wenn die Richtung stimmt, was sagt der Bericht zu Zielen, Tempo und Ressourcen?
- Wieso werden 4 Agrarsubventionen überprüft, obwohl das WSL 40 identifiziert hat?

Réponse

Dans son rapport, la CdG-E constate que les propositions formulées par le Conseil fédéral dans le cadre de la Politique agricole à partir de 2022 vont dans la bonne direction. Le rapport se réfère aux « Objectifs environnementaux pour l'agriculture » qui définissent les principaux objectifs dans le domaine de la protection de la biodiversité dans l'agriculture. La Commission souligne que la politique de la Confédération en matière de protection de la biodiversité doit permettre de maintenir à long terme les capacités agricoles de la Suisse. La CdG-E émet quatre recommandations pour la protection de la biodiversité dans l'agriculture.

Pour choisir les mesures à examiner, le Conseil fédéral s'est appuyé sur une étude préliminaire réalisée par l'OFEV. Cette étude a évalué 97 subventions accordées dans différents secteurs selon les critères de la pertinence écologique, du potentiel de réforme et de l'intégration dans le processus politique. Sur cette base, le Conseil fédéral a chargé l'administration fédérale d'étudier de manière approfondie, dans le sens d'une priorisation, l'impact sur la biodiversité de huit instruments utilisés en agriculture, en gestion forestière et en politique régionale.



Fragestunde vom 26. September 2022

Frage 22.7732 Imboden

Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern bei hohen 43.2 Prozent

Der Bericht Gender Overall Earnings Gap zeigt geschlechtsspezifische Einkommensunterschiede von 43,2 Prozent auf, die im europäischen Vergleich hoch liegen. Das bedeutet, dass das Einkommen von Frauen, bezogen auf alle im Erwerbsalter von 15 bis 64 Jahren geleisteten Arbeitsstunden, 43,2 Prozent niedriger ist als das der Männer. Im Alter (Gender Pension Gap) belief sich die Differenz auf 34,6 Prozent. Welche Schlussfolgerungen zieht der Bundesrat aus dem Bericht? Welche Massnahmen wird er ergreifen?

Antwort

Der Gender Overall Earnings Gap wird zukünftig regelmässig erhoben, berechnet und veröffentlicht. Dieser Indikator ergänzt das bereits etablierte Bild der Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern. Der Bundesrat hat im letzten Jahr die Gleichstellungsstrategie 2030 verabschiedet (www.gleichstellung2030.ch). Diese zielt insbesondere auf die Stärkung der wirtschaftlichen Autonomie der Frauen während ihres ganzen Lebens, unabhängig von ihrem Zivilstand und ihrer familiären Situation. So will der Bundesrat zum Beispiel die Lohndiskriminierung beseitigen und eine ausgewogenere Erwerbsbeteiligung von Frauen und Männern erreichen. Weitere Ziele sind die Verbesserung der Rentensituation von Frauen, namentlich in der beruflichen Vorsorge (2. Säule), sowie die ausgewogenere Geschlechterverteilung in der Ausbildung, in allen Berufsgruppen, auf allen Verantwortungsebenen und in allen Entscheidungsgremien. Dazu gehört etwa ein höherer Frauenanteil in Führungspositionen von Hochschulen oder die Förderung von Männern in Gesundheits- und Bildungsberufen.



Fragestunde vom 26. September 2022

Frage 22.7746 Locher Benguerel

Letzte verfügbare Zahlen zur Betreuungsentschädigung

Der Bundesrat führte zu 22.3608 im Ständerat aus, dass von 1. Juli 2021 bis 1. Juli 2022 in 720 Fällen Betreuungsentschädigung bezogen wurde. Dies führt mich zu folgenden Fragen:

1. Wie hoch sind die Kosten?
2. Gibt es auch Zahlen für Kosten und Fälle bis Ende Juli oder August 2022?

Antwort

Die Kosten für die Betreuungsentschädigung vom 1. Juli 2021 bis zum 1. Juli 2022 belaufen sich auf 3.9 Millionen Franken.

Neuere Zahlen zu Kosten und Fällen liegen noch nicht vor. Die Zahlen für Juli sind nach Aktualisierung der Register und entsprechender Überprüfung in den nächsten drei bis vier Wochen verfügbar.



Fragestunde vom 26. September 2022

Frage 22.7748 Locher Benguerel

Psychische Gesundheit unserer Jugend stärken: Sofortmassnahmen gefragt

Es braucht dringend Massnahmen, um die psychische Gesundheit der Kinder und Jugendlichen zu stärken und zur Versorgungssicherstellung, da die Situation sehr angespannt ist. Am 16.6.2021 hat der Nationalrat das Postulat 21.3457 überwiesen. Dieses ist dringlicher denn je:

Wie sieht der konkrete Zeitplan in Bezug auf den Bericht aus? Wo stehen die Arbeiten und wann ist mit einer Veröffentlichung zu rechnen? Wird der Bundesrat bereits jetzt aktiv und falls ja, mit welchen dringlichen Massnahmen?

Antwort

Das BAG hat eine Studie in Auftrag gegeben, um alle Erkenntnisse und Daten zu den Auswirkungen der Pandemie auf die psychische Gesundheit der Bevölkerung und speziell von Kindern und Jugendlichen zusammenzutragen. Diese Studie wird Ende 2022 vorliegen. Auf dieser Grundlage wird der Postulatsbericht verfasst und in der zweiten Jahreshälfte 2023 veröffentlicht.

Der Bund hat zusammen mit den Kantonen bereits konkrete Massnahmen ergriffen. So hat das BAG am 14. Juni 2022 einen Runden Tisch mit den Organisationen der Kinder- und Jugendmedizin und der GDK organisiert. Besprochen wurden Massnahmen, wie die Versorgung kurzfristig verbessert werden kann. Anschliessend wurde eine Umfrage bei den Kantonen zu den kantonalen Massnahmen durchgeführt, da die Sicherstellung der psychiatrischen Versorgung in die Zuständigkeit der Kantone fällt. Es zeigte sich, dass in sehr vielen Kantonen mehr Behandlungsplätze und Therapieangebote geschaffen und mehr Personal angestellt wurde oder wird. Der Bund wird die Entwicklung der Versorgungssituation im Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie weiterhin im Rahmen seiner Kompetenzen begleiten.



Ora delle domande del 26 settembre 2022

Domanda 22.7755 Regazzi

Incidenti in montagna in aumento: serve una campagna di sensibilizzazione!

Con la pandemia e le temperature in aumento, molti si sono avvicinati all'escursionismo, praticandolo tuttavia spesso senza la dovuta preparazione e l'equipaggiamento adeguato. Si sono così moltiplicati gli interventi dei soccorritori di montagna e sempre più spesso per incidenti con esito fatale. Sebbene vi siano già campagne di informazione in atto, sembra che non ci siano effetti tangibili.

Chiedo quindi al CF se non ritiene di intensificare la sensibilizzazione?

Risposta

L'istituto nazionale svizzero di assicurazione contro gli infortuni (INSAI) e gli altri assicuratori gestiscono un'istituzione di diritto privato chiamata «Ufficio svizzero di prevenzione degli infortuni» (UPI) il cui campo d'attività si estende a tutto il territorio nazionale. L'UPI mira a ridurre il numero degli infortuni gravi in Svizzera.

L'UPI ha dichiarato il trekking e gli sport di montagna un tema prioritario. Inoltre, l'UPI sta conducendo una ricerca su questo tema. Attualmente ha in atto una campagna di sensibilizzazione riguardando il trekking e gli sport di montagna, poiché è vero che gli infortuni in montagna sono in aumento. Se agli inizi degli anni 2000 si verificavano circa 17'700 infortuni l'anno negli sport di montagna e nel trekking, oggi se ne contano in media 33'000. In primo luogo, la campagna tratta il trasferimento di conoscenze riguardando l'atteggiamento in montagna e la valutazione dei rischi. L'UPI raccomanda specialmente di pianificare accuratamente l'escursione, di usare un equipaggiamento adatto e di restare vigile. Pure l'INSAI e altre assicurazioni sono impegnate in attività di prevenzione sul tema.

Il Consiglio Federale è dell'avviso che la prevenzione in questo ambito è sulla strada giusta e anche una intensificazione della sensibilizzazione non sostituirebbe la dovuta responsabilità personale di chi pratica alpinismo.



Heure des questions du 26 septembre 2022

Question 22.7756 Python

1. Quelles mesures pour empêcher l'envoi de femelles gestantes à l'abattoir ?

Dans sa réponse à l'objet 22.3547, le Conseil fédéral indique que l'OSAV soutient la "solution sectorielle équilibrée du point de vue du bien-être des animaux" élaborée au sein du groupe de travail qui édicte la réglementation sectorielle sous la direction de Proviande. De quel équilibre s'agit-il exactement ?

Question 22.7757 Python

2. Quelles mesures pour empêcher l'envoi de femelles gestantes à l'abattoir ?

Dans sa réponse à l'objet 22.3547, le Conseil fédéral évoque la révision en cours de l'ordonnance du DFI concernant l'hygiène lors de l'abattage d'animaux et l'inscription de l'enregistrement des animaux se trouvant dans le dernier tiers de la gestation : quand cette révision sera-t-elle réalisée ? Est-il envisageable que les éleveurs reçoivent le matériel et les compétences afin d'effectuer eux-mêmes des diagnostics dès le premier tiers de gestation (tests d'urine, sanguin, échographe, etc.) ?

Réponse

La réglementation sectorielle prévoit désormais que lorsque les vaches gestantes sont annoncées à l'abattage, le vétérinaire responsable du troupeau présente une attestation écrite dans laquelle il motive la raison de l'abattage. Les principales mesures mises en place pour lutter contre les abus consistent à donner un avertissement aux éleveurs qui procèdent à des abattages répétés et non justifiés de vaches gestantes et à les signaler à l'organe de médiation en faveur du bien-être des animaux de Proviande. Celui-ci peut alors demander un contrôle de la gestion du troupeau dans ces exploitations. Ces mesures permettent de réduire le nombre d'animaux abattus sans indication médicale.

À l'automne 2022, le DFI mettra en consultation un projet de révision de l'ordonnance concernant l'hygiène lors de l'abattage d'animaux.

Les détenteurs peuvent aujourd'hui déjà déterminer si une vache est gestante au moyen d'une analyse du lait par un laboratoire proposant ce type d'analyses.



Fragestunde vom 26. September 2022

Frage 22.7767 Feri Yvonne

Unterstützung für Menschen in finanziell schwachen Verhältnissen

In der Schweiz sind über 700000 Menschen von Armut betroffen, ebensoviele sind von Armut bedroht. Nicht alle Betroffenen sind über die Sozialwerke erfasst und je nach Kanton ist auch die Unterstützung durch die IPV nicht gewährleistet. Sie profitieren nicht von einer angepassten Teuerung bei den Sozialwerken, auch nicht zwingend von einer erhöhten IPV. Wie beabsichtigt der Bundesrat diese Personengruppe zu unterstützen, insbesondere mit Blick auf die stärker steigenden Lebenskosten ab 2023?

Antwort

Der Bundesrat ist sich bewusst, dass die Teuerung und insbesondere die steigenden Energiepreise zu einer finanziellen Belastung der Haushalte führen können. Er hat deshalb eine interdepartementale Arbeitsgruppe eingesetzt, welche den Handlungsbedarf unter Berücksichtigung der aktuellen Preis- und Lohnentwicklung evaluiert. Sie erstattet dem Bundesrat im Oktober 2022 erneut Bericht.

Für die Bekämpfung von Armut sind im föderalen System die Kantone und Gemeinden zuständig. Sie können eigenständig Massnahmen prüfen und ergreifen, die Personen zugutekommen, die nicht durch bestehende Sozialwerke unterstützt werden.



Fragestunde vom 26. September 2022

Frage 22.7769 Glarner

Wo ist das Recht der Bevölkerung auf transparente Information bei den geschwärzten Impfverträgen?

Am 3. August hat das BAG die stark geschwärzten Verträge mit den Covid-Impfstoffherstellern veröffentlicht, die in dieser Form nichts mehr aussagen. Offenbar hat der Bundesrat kein Interesse an einer richtigen, transparenten Kommunikation. Es stellt sich also die Frage: Sind dem Bundesrat die Interessen von ausländischen Grosskonzernen wichtiger als unsere Bundesverfassung und das Recht der Bevölkerung auf Transparenz und unverfälschte Information und wie begründet der Bundesrat diese Haltung?

Antwort

Die Offenlegung der Verträge zur Beschaffung der Covid-19-Impfstoffe erfolgt in Übereinstimmung mit den Vorgaben des Bundesgesetzes über das Öffentlichkeitsprinzip.

Im Verfahren nach dem BGÖ sind namentlich die Geschäfts- und Fabrikationsgeheimnisse der Hersteller zu wahren. Die Impfstoffhersteller haben im Rahmen dieses Verfahrens dargelegt, welche Vertragsbestimmungen Geschäfts- und Fabrikationsgeheimnisse enthalten. Bei der Bewertung, was als Geschäfts- oder Fabrikationsgeheimnis anzusehen ist, orientierte sich das BAG auch an der Publikationspraxis der EU, wobei nicht alle Schwärzungsbegehren der Impfstoffhersteller akzeptiert wurden.

Den Gesuchstellern steht es frei, eine Überprüfung der teilweise geschwärzten Vertragsdokumente im Rahmen eines kostenlosen Schlichtungsverfahrens vor dem EDÖB zu verlangen. Der EDÖB wird in diesem Verfahren anhand von detaillierten Begründungen beurteilen, ob die vorgenommenen Schwärzungen korrekterweise vorgenommen wurden und eine entsprechende Empfehlung abgeben.



Fragestunde vom 26. September 2022

Frage 22.7770 Glarner

Ist eine Hautfarbe schützenswerter als die andere oder gilt der Schutz gegen Diskriminierung für alle?

Bei der Beantwortung der Frage 22.7612 definiert der Bundesrat Rassismus als "historisch gewachsene Ausgrenzung und Benachteiligung gewisser Gesellschaftsgruppen". Dies sei bei mehrfachen Verweigerungen von Auftrittsmöglichkeiten weisser Dreadlock-Träger nicht der Fall.

1. Wäre die Verweigerung eines öffentlichen Auftritts, begründet mit der dunklen Hautfarbe eines Musikers rassistisch?
2. Kann sich jede Person auf Art. 8 BV berufen (unabhängig der Hautfarbe), auch ein weisser Musiker?

Antwort

1. Rassismus bezeichnet gemäss Fachstelle für Rassismusbekämpfung eine Ideologie oder Praxis, die Menschen aufgrund ihrer Physiognomie und/oder ihrer tatsächlichen oder zugeschriebenen ethnischen, nationalen oder religiösen Zugehörigkeit einteilt und hierarchisiert. Er drückt sich aus in der historisch gewachsenen Ausgrenzung und Benachteiligung gewisser Gesellschaftsgruppen. Die beschriebene Situation müsste konkret beurteilt werden können.
2. Das verfassungsrechtliche Diskriminierungsverbot ist grundsätzlich auf alle Menschen in der Schweiz anwendbar.



Fragestunde vom 26. September 2022

Frage 22.7771 Glarner

Ist eine Hautfarbe schützenswerter als die andere oder gilt der Schutz gegen Diskriminierung für alle? (2/2)

In Bezug auf die Frage 22.7612 scheint die Woke-Bewegung dem Bundesrat keine Sorgen zu bereiten.

- 1) Wie bewertet der Bundesrat die Verweigerung eines öffentlichen Auftritts aufgrund der Hautfarbe einer Person?
- 2) Welche Rechtsgrundlagen schützen weisse Menschen in der Schweiz vor Diskriminierung aufgrund a) ihrer Hautfarbe, b) ihrer Frisur oder c) deren Kombination?

Antwort

1. Die Grundlagen für den Entscheid des Kulturveranstalters sind dem Bundesrat nicht bekannt.
2. Das verfassungsrechtliche Diskriminierungsverbot und der zivilrechtliche Persönlichkeitsschutz sind grundsätzlich auf alle Menschen in der Schweiz anwendbar.



Ora delle domande del 26 settembre 2022

Domanda 22.7783 Gysin Greta

Pubblicazione del rapporto GREVIO sulla Svizzera e revisione Codice penale: come assicurare per tempo l'informazione della CAG e del CN?

È imminente la pubblicazione del rapporto GREVIO sull'attuazione della Convenzione di Istanbul ed è presumibile che menzioni l'attuale revisione del Codice penale visto che la Convenzione fissa il principio del consenso quale base per definire lo stupro.

Il Consiglio federale può comunicarne la data di pubblicazione? Si è premurato di coordinarne la pubblicazione affinché preceda il prosieguo delle discussioni della CAG-N sulla revisione così che essa e poi il CN possano tenerne conto?

Risposta

Il Gruppo di esperte ed esperti sulla lotta contro la violenza nei confronti delle donne e la violenza domestica (GREVIO) adotterà la versione finale del rapporto di valutazione sull'attuazione della Convenzione di Istanbul in Svizzera durante la riunione prevista in ottobre 2022. Dopodiché, la Svizzera avrà un mese di tempo per presentare i suoi commenti. Il rapporto di valutazione, così come i commenti della Svizzera, saranno pubblicati da GREVIO di principio entro la fine di novembre 2022. La data esatta della pubblicazione sarà determinata da GREVIO.



Heure des questions du 26 septembre 2022

Question 22.7786 Nantermod

Garantir la qualité des soins en psychiatrie et ne pas charger inutilement l'AOS

Selon la NZZ du 18.9.2022, des erreurs apparaissent en psychiatrie en raison d'un manque de compétences linguistiques. Tout psychiatre étranger ouvrant un cabinet à charge de l'AOS doit justifier d'un niveau de langue C1. Pour les cliniques psychiatriques par contre, le niveau B2 suffit, avec des conséquences dramatiques pour les patients et pour l'assurance.

Est-ce que le CF est conscient du problème et entend-t-il agir ?

Le problème existe-t-il ailleurs ?

Réponse

Les spécialistes en psychiatrie et psychothérapie ainsi que les psychothérapeutes reconnus et reconnues au niveau fédéral doivent maîtriser une langue officielle du canton pour lequel ils ont l'autorisation de pratiquer. Ceci est réglé dans la Loi fédérale sur les professions médicales universitaires et dans la Loi fédérale sur les professions relevant du domaine de la psychologie.

Dans le cas de l'exercice de la profession en clinique, les employeurs sont tenus à vérifier les compétences linguistiques requises dans leurs institutions et dans les settings correspondants et de veiller à ce que d'éventuelles lacunes soient comblées. Les cantons ont l'obligation de vérifier les compétences linguistiques lors de l'octroi de l'autorisation d'exercer. Il n'existe pas de compétence de contrôle de la part de la Confédération.



Fragestunde vom 26. September 2022

Frage 22.7787 Humbel

Keine Verteuerung von bewährten und kostengünstigen Arzneimitteln

Nachdem der Nationalrat der Motion 19.3005 am 5. Juni 2019 klar zugestimmt hat, wurde sie am 8. Juni 2022 auch vom Ständerat angenommen. Damit wurde der Bundesrat beauftragt, sicherzustellen, dass durch die Umteilung der Arzneimittel der Liste C in die Liste B, keine zusätzlichen Kosten und Aufwände für das Gesundheitssystem entstehen.

Wie und bis wann gedenkt der Bundesrat diesen Auftrag umzusetzen und wie sieht er die Umsetzungsfrist?

Antwort

Das Bundesamt für Gesundheit (BAG) prüft aktuell verschiedene Varianten der Umsetzung dieses Auftrages. Betroffen sind nur zirka 15 Arzneimittel der Spezialitätenliste, für welche nun eine Lösung gefunden werden muss. Denkbar wäre die Wiedereinführung der Swissmedic-Abgabekategorie C, was einer Gesetzesanpassung bedürfte, oder die Einführung einer Sonderregelung in der Preisfestlegung der Spezialitätenliste. Letzteres wäre mit Anpassungen auf Verordnungsebene verbunden. Es wird auch geprüft, ob es weitere Möglichkeiten gibt. Die Dauer der Umsetzung hängt massgeblich von der gewählten Lösung ab.



Fragestunde vom 26. September 2022

Frage 22.7788 Humbel

Digitale Gesundheitsanwendungen zur Verbesserung von Patientensicherheit und Kosteneffektivität

Digitale Gesundheitsanwendungen haben das Potential, das Gesundheitssystem rasch, kosteneffektiv und zum Nutzen der Patientensicherheit weiterzuentwickeln. Die bestehenden Tarif-Systeme bilden digitale Anwendungen unzulänglich ab, weshalb diese meist nicht vergütet werden. Nachbarländer setzen auf ein tarifübergreifendes und auf digitale Gesundheitsanwendungen zugeschnittenes Vergütungsmodell. Wie beurteilt der Bundesrat die Einführung eines solchen Vergütungsmodells für die Schweiz?

Antwort

Die obligatorische Krankenpflegeversicherung übernimmt die Kosten für Leistungen, die der Diagnose oder Behandlung einer Krankheit und ihrer Folgen dienen, sofern diese wirksam, zweckmässig und wirtschaftlich sind. Hinsichtlich der Vergütung von digitalen Gesundheitsleistungen hat das Bundesamt für Gesundheit im März 2022 ein Faktenblatt veröffentlicht.

Die Vergütung von im Zusammenhang mit einer ärztlichen Leistung stehenden digitalen Anwendungen ist Sache der Vereinbarung durch die Tarifpartner.

Die Vergütung von Gesundheits-Apps, welche als Medizinprodukte zugelassen sind, ärztlich verordnet und von den Patientinnen und Patienten selbst angewendet werden, erfolgt im Rahmen der Regelungen der Mittel- und Gegenständeliste. Dies gilt ebenfalls für digitale Gesundheitsanwendungen, welche im Rahmen der ärztlich angeordneten Pflegeleistungen verwendet werden.

Da die Vergütung von digitalen Gesundheitsanwendungen in den bisherigen Systemen abgebildet werden kann, erachtet der Bundesrat ein neues spezielles Vergütungsmodell als nicht notwendig.



Heure des questions du 26 septembre 2022

Question 22.7796 Porchet

Indice mixte AVS: des données peu fiables concernant les salaires ?

Pour calculer l'indice mixte AVS, le Conseil fédéral doit se référer à une base de données solide. Or, il est probable que le recul des salaires annoncé en 2021 ne corresponde pas à la réalité, car les données sont faussées par la pandémie de Corona.

Comment le Conseil fédéral envisage-t-il de gérer l'incertitude des données concernant les salaires?

Réponse

Les résultats publiés par l'Office fédéral de la statistique (OFS) concernant l'évolution des salaires et celle des prix à la consommation reflètent la réalité.

La méthodologie appliquée par l'OFS est élaborée de sorte à fournir une base solide pour le calcul de l'indice mixte AVS. Par conséquent, l'office a pris en compte l'impact de la pandémie de COVID-19 lors du calcul de l'indice suisse des salaires 2021. La lecture des résultats publiés pour cette période doit donc tenir compte du contexte particulier de la pandémie.



Fragestunde vom 26. September 2022

Frage 22.7805 Herzog Verena

Informationsdefizit aufholen und schnellen Zugang zu prophylaktischem Schutz vor Covid-19 für Hochrisikopatienten sicherstellen

Rund 10'000 Hochrisikopatienten sind dringend auf Covid-Prophylaxe angewiesen. Der Bund hat 5'000 Dosen beschafft. Diese sind seit Mai verfügbar, doch bis heute wurden nur wenige hundert Patienten behandelt.

Was unternimmt das BAG, um die betroffenen Patienten und deren betreuenden Ärzte über die bestehenden Therapieoptionen zu informieren und wie wird ein schneller und unbürokratischer Zugang sichergestellt?

Antwort

Es ist korrekt, dass nur wenige hundert Patienten mit Prophylaxen behandelt worden sind. Das Bundesamt für Gesundheit kennt die Gründe für diese zurückhaltende Verschreibungspraxis nicht. Das BAG informiert laufend und aktiv über die neuen Covid-19-Therapeutika, resp. -Prophylaxen. Entsprechende Informationsschreiben und -materialien zum Medikament Evusheld wurden medizinischen und pharmazeutischen Fachgesellschaften, Kantonsärztinnen und Kantonsärzten sowie den verabreichenden Zentren zur Verfügung gestellt. So wird sichergestellt, dass die behandelnden Ärztinnen und Ärzte ihre betroffenen Patientinnen und Patienten über die Prophylaxe aufklären und an ein Verabreichungszentrum überweisen. Zudem können sich Fachpersonen wie auch Patientinnen und Patienten auf der BAG-Website über die Covid-19 Prophylaxe informieren. Für den Patienten fallen keine Kosten an.

Mit der Zulassung von Evusheld per 9. September 2022 ist es auch der Zulassungsinhaberin erlaubt, Fachkreise zusätzlich über die Prophylaxe zu informieren.



Fragestunde vom 26. September 2022

Frage 22.7808 Friedli Esther

WHO Pandemiepakt "legally binding" (rechtsverbindlich)?

Die Schweiz hat mit ihrer relativ eigenständigen Coronapolitik gute Erfahrungen gemacht. Der geplante WHO-Pandemiepakt könnte diese Eigenständigkeit aufs Spiel setzen.

1. Ist vorgesehen, dass der WHO-Pandemie Pakt rechtsverbindlich von der Schweiz übernommen werden muss? Falls ja, alles oder nur Teile davon? Falls nur teilweise: in welchen Bereichen wäre der Pakt rechtsverbindlich?
2. Welche evidenzbasierten Gründe gibt es, dass hier die nationale Souveränität eingeschränkt werden soll?

Antwort

Erst wenn der Inhalt und die Rechtsnatur abschliessend geklärt sind, kann festgelegt werden, wer die Entscheidkompetenz zum Vertragsabschluss hat – der Bundesrat oder das Parlament. Die Schweiz entscheidet nach den Verhandlungen eigenständig, ob sie dem Verhandlungsergebnis zustimmen möchte oder nicht. Das mögliche WHO-Übereinkommen ist nur dann bindend für die Schweiz, wenn sie beschliessen sollte, Vertragspartei zu werden.



Fragestunde vom 26. September 2022

22.7817 Frage Schwander Gleich lange Spiesse

Die grenzüberschreitenden Gesundheitsleistungen im ambulanten Bereich zwischen Liechtenstein und der Schweiz wurden im Notenwechsel von 1938/39 festgelegt. 2004 führte Liechtenstein die Bedarfsplanung ein und schränkte einseitig die Patientenmobilität ein. Eine im 2017 vereinbarte Anpassung scheiterte an der Zustimmung des liechtensteinischen Landtags. Ist der Bundesrat bereit, den rechtsgültigen Notenwechsel durchzusetzen und Verhandlungen aufzunehmen, und gleich lange Spiesse zu schaffen?

Antwort

Der Bundesrat beabsichtigt nicht in dieser Sache bei Liechtenstein vorstellig zu werden.

Die fehlende Zustimmung des liechtensteinischen Landtags zur Vereinbarung ändert nichts für die Versicherten in der Schweiz. Diejenigen, die in der Grenzregion zu Liechtenstein wohnen, können sich weiterhin bei den Ärztinnen und Ärzten und bei den Zahnärztinnen und Zahnärzten in Liechtenstein, die in die liechtensteinische Bedarfsplanung aufgenommen sind, behandeln lassen. Die Kostenerstattung für Behandlungen von schweizerischen Versicherten in Liechtenstein ist auf den Betrag beschränkt, der im Wohnkanton der versicherten Person vergütet würde.

Auch für Grenzgänger und ihre nichterwerbstätigen Familienangehörigen ändert sich nichts. Sie haben weiterhin das Recht, sich in beiden Staaten zulasten des zuständigen Krankenversicherers behandeln zu lassen.

Schliesslich hat dieser Entscheid auch keine Auswirkungen auf Vereinbarungen betreffend Spitalbehandlungen im Verhältnis zu Liechtenstein.



Fragestunde vom 26. September 2022

Frage 22.7821 Studer Alkohol- und Tabaktestkäufe im Online-Handel

Der Bundesrat stellt in der Interpellation 22.3733 Feri fest, dass auch mit den neuen gesetzlichen Grundlagen Testkäufe bei Tabak- und Alkoholprodukte im Online-Handel nicht möglich sind. Er weist auf die laufende Revision des Zollgesetzes hin, wo eine gesetzliche Grundlage im Lebensmittelgesetz vorgesehen ist.

Da die Botschaft schon erstellt ist, stellen sich folgende Fragen: Haben diese Online-Testkäufe Eingang gefunden? Falls nicht, wie stellt der Bundesrat sicher, dass dies noch Eingang finden wird?

Antwort

Der Bundesrat hat am 24. August 2022 die entsprechende Botschaft zuhanden des Parlaments verabschiedet. Darin wird für Alkoholprodukte eine Änderung des Lebensmittelgesetzes vorgeschlagen, damit die Vollzugsorgane im Rahmen ihrer Kontrolltätigkeit unter fiktivem Namen Online-Testkäufe tätigen können.

Die Revision des Tabakproduktegesetzes ist momentan in der Vernehmlassung. Online-Testkäufe für Tabakprodukte werden darin nicht spezifisch geregelt, weil die Gesetzesrevision auf die Umsetzung der angenommenen Volksinitiative fokussiert. Zeigt sich aufgrund der Rückmeldungen aus der Vernehmlassung, dass ein gesetzgeberischer Handlungsbedarf betreffend Testkäufe verortet wird, kann der Bundesrat das Thema in der Botschaft an das Parlament berücksichtigen.



Fragestunde vom 26. September 2022

Frage 22.7824 Weichelt

Pendenzen Finanzierung Leistungen bei Demenz

Die Verbände der Leistungserbringenden der ambulanten und stationären Pflege und die GDK haben im Sommer 2017 einen Antrag auf Erweiterung und Konkretisierung der Pflegeleistungen in der KLV bzgl. Finanzierung von Demenzerkrankung gestellt. Gemäss Informationen von BR Berset anlässlich der Ständeratsdebatte 19.4194 sollen immer noch Fragen unbeantwortet sein.

Der Bundesrat ist gebeten, Auskunft zu geben über: "Wer muss welche Fragen beantworten und seit wann sind die Antworten ausstehend?"

Antwort

Die Fragen des Bundesamtes für Gesundheit wurden an die antragstellenden Verbände der ambulanten und stationären Pflege gerichtet. Nach ersten Rückfragen im Januar 2018 hatten diese im August 2018 einen revidierten Antrag und im Januar 2019 die Kostenfolgeschätzung eingereicht. Den Antragstellenden wurde im Juni 2019 mitgeteilt, welche Fragen noch zu beantworten sind. Dabei geht es insbesondere um Konkretisierungen der Pflegeleistungen und der Abgrenzung zwischen Pflege- und Betreuungsleistungen sowie Umgang mit den vorhandenen Unterschieden in den in der Schweiz angewendeten Pflegebedarfserfassungsinstrumenten. Weiter auch um Klärungen und Konkretisierungen betreffend die Berechnung der Kostenfolgen, deren Auswirkungen auf die verschiedenen Finanzierer und die Darlegung der postulierten Kosteneinsparungen sowie deren Höhe. Weiter wurde um eine Darlegung der wissenschaftlichen Evidenz zum Nutzen der neu beantragten Leistungen gebeten. Diese Fragen sind seit Juni 2019 unbeantwortet geblieben.



Fragestunde vom 26. September 2022

Frage 22.7731 Aeschi Thomas

Welche Massnahmen unternimmt der Bundesrat aufgrund des BGer-Entscheids 4A_496/2021?

In E. 3.5 wird festgehalten, dass das VR-Mandat bei unterlassener Einberufung der GV oder vergessener (Wieder-)Wahl am letzten Tag der Frist gemäss Art. 699 Abs. 2 OR endet, an dem die fragliche GV bzw. (Wieder-)Wahl spätestens hätte stattfinden sollen. Rein formal-juristisch wären neu etwa Einberufungsbeschlüsse für die GV durch nicht gewählte VR nichtig. Entsprechende GV-Beschlüsse ebenfalls. Ferner weist die Gesellschaft einen Mangel gem. Art. 731b OR auf. Auch die Haftung ist nicht geklärt.

Antwort

Gemäss Obligationenrecht wählt die Generalversammlung den Verwaltungsrat (Art. 698 Abs. 2 Ziff. 2 OR). Dabei handelt es sich um ein unübertragbares und unentziehbares Recht der Generalversammlung. Die Mitglieder des Verwaltungsrates werden auf drei Jahre gewählt, sofern die Statuten nichts anderes bestimmen. Die Amtsdauer darf jedoch sechs Jahre nicht überschreiten (Art. 710 Abs. 1 OR). Nach Art. 699 Abs. 2 OR findet die ordentliche Versammlung alljährlich innerhalb von sechs Monaten nach Schluss des Geschäftsjahres statt, ausserordentliche Versammlungen werden je nach Bedürfnis einberufen. Die Generalversammlung wird grundsätzlich durch den Verwaltungsrat, nötigenfalls durch die Revisionsstelle, einberufen. Auch Aktionäre können die Einberufung einer Generalversammlung durch den Verwaltungsrat verlangen (Art. 699 Abs. 3 OR); wenn der Verwaltungsrat dem Begehren auf Einberufung nicht entspricht, kann das Gericht die Generalversammlung einberufen.

Im Entscheid 4A_496/2021 hat das Bundesgericht eine Frage geklärt, die in der Lehre bislang umstritten war: Verlängert sich ein Verwaltungsratsmandat stillschweigend, wenn die Generalversammlung nicht durchgeführt wird oder die Wahl des Verwaltungsrats vergessen geht? Das Bundesgericht kommt zum Schluss, dass die stillschweigende Verlängerung des Verwaltungsratsmandats ausgeschlossen sei. Es wäre stossend, wenn ein Verwaltungsrat mit dem Ziel, das Amt zu behalten, die Generalversammlung oder die Wahl verhindern könne.

Es ist zu begrüßen, dass das Bundesgericht diese wichtige Frage geklärt hat. Es darf von einer Verwaltungsrätin oder einem Verwaltungsrat verlangt werden, dass sie



ihre Pflichten kennen. Sie haben es selber in der Hand, die Generalversammlung rechtzeitig einzuberufen und ihre allfällige Wiederwahl zu traktandieren, wenn sie das Amt weiterführen wollen.

Die rechtlichen Konsequenzen einer derartigen Pflichtverletzung sind geregelt. Wie das Bundesgericht festhält, ist der gute Glaube Dritter in den Handelsregistereintrag nicht gefährdet. Sie dürfen grundsätzlich auf den Handelsregistereintrag vertrauen, soweit ihnen nicht bekannt ist, dass die Amtszeit der eingetragenen Mitglieder des Verwaltungsrates geendet hat (Art. 936b Abs. 3 OR). Ebenso bleiben Gesellschaft, Aktionäre und Gesellschaftsgläubiger geschützt, weil nicht wiedergewählte Verwaltungsräte als faktische Organe verantwortlich bleiben.

Aktiengesellschaften ohne gewählte Verwaltungsräte haben einen sog. Organisationsmangel. Dieser kann behoben werden, indem (wohl vorwiegend in kleinen Verhältnissen) die Aktionäre eine Universalversammlung (ohne Erfordernis einer formellen Einberufung) durchführen und den Verwaltungsrat neu besetzen. Hat die Gesellschaft eine Revisionsstelle, so ist diese berechtigt, zum gleichen Zweck eine Generalversammlung einzuberufen. Weiter besteht die Möglichkeit, dass das Gericht auf Antrag die erforderlichen Massnahmen trifft, wenn der Gesellschaft ein vorgeschriebenes Organ fehlt (Art. 731 Abs. 1 OR); mithin also wie im vorliegenden Fall die Einsetzung eines Sachwalters mit der Pflicht zur Einberufung und zum Traktandieren der Wahl eines Verwaltungsrates.

Der Bundesrat sieht derzeit keinen gesetzgeberischen Handlungsbedarf.



Heure des questions du 26 septembre 2022

Question 22.7736 Page

Routes migratoires et conflit en Ukraine

Comment la situation sur les routes migratoires "classiques" s'est-elle développée depuis le 24 février 2022 et comment le Conseil fédéral estime-t-il qu'elle devrait évoluer dans un avenir proche à moyen? Cette question vise en particulier les principales routes migratoires (Balkans, Méditerranée) et leurs possibles déviations durant le conflit, voire à cause de ce dernier.

Réponse

Le nombre de migrants passés par la Méditerranée centrale a augmenté d'environ 50 % par rapport à l'année passée : depuis le début de l'année jusqu'au 12 septembre 2022, quelque 63 600 personnes sont arrivées en Italie.

Actuellement, c'est la situation sur les routes des Balkans qui a le plus d'impact sur la Suisse. Elle se présente comme suit : la migration au départ de la Grèce se maintient au même niveau que l'année passée. En revanche, on constate une hausse de la migration de citoyens afghans depuis la Turquie en direction de la Bulgarie. Qui plus est, des ressortissants de l'Inde, de la Tunisie et du Burundi sont de plus en plus nombreux à profiter de la possibilité de se rendre en Serbie sans visa. De là, ces personnes continuent leur voyage de manière illégale en direction de l'espace Schengen. Les déviations des routes migratoires sont principalement motivées par des facteurs dans les pays de transit et n'ont pas de lien de causalité avec la guerre en Ukraine.

Les raisons pour l'augmentation de la migration observée en 2022 sont multiples. La situation économique et sociale dans beaucoup de pays d'origine des demandeurs d'asile s'est détériorée ces dernières années en raison de la pandémie. À cela s'ajoutent les problèmes économiques entraînés par la guerre en Ukraine.

Le Conseil fédéral prévoit donc à court et moyen terme une augmentation des demandes d'asile en Suisse. Par conséquent, le DFJP prend les mesures nécessaires en termes d'hébergement et de ressources afin de faire face à ce défi. En parallèle,

la Suisse continuera à s'engager pour une meilleure protection des frontières extérieures de l'espace Schengen.

La prévention de la migration irrégulière secondaire est une tâche importante pour le Conseil fédéral. Les autorités compétentes de la Confédération et des cantons sont en échange permanent afin de combattre ce phénomène. De plus, le DFJP discute actuellement avec l'Autriche de mesures supplémentaires visant à lutter plus efficacement contre la migration irrégulière secondaire. La Suisse est par ailleurs associée à une démarche menée par plusieurs pays européens auprès de la Commission européenne afin que celle-ci agisse sur la politique de visas de la Serbie. Le voyage de la Cheffe du DFJP à Sarajevo le 20 septembre 2022 s'inscrit également dans le contexte de la lutte contre la migration irrégulière secondaire par la Route des Balkans.



Fragestunde vom 26. September 2022

Frage 22.7738 Bircher

Status S: Szenarien für den Winter

Beinhalten die Szenarien des SEM von 80'000 bis 120'000 Schutzsuchenden bis Ende Jahr auch Personen die aufgrund von Energieversorgungsengpässen aus der Ukraine fliehen, sowie Wanderungsbewegungen aus Osteuropäischen Ländern wie Polen oder Ungarn?

Antwort

Ja, die Szenarien des SEM von 80 000 bis 120 000 Schutzsuchenden aus der Ukraine umfassen alle realistischerweise denkbaren Wanderungsbewegungen bis Ende 2022. Die Energieknappheit wurde unmittelbar durch den Krieg ausgelöst.

Sollte es zu keinen grösseren Energieversorgungsengpässen in der Ukraine kommen, so rechnet das SEM mit 80'000 bis höchstens 85'000 Schutzsuchenden aus der Ukraine. Bei grösseren, länger anhaltenden Energieengpässen in der Ukraine sind bis zu 120'000 Schutzsuchende bis Ende Jahr denkbar. Dies umfasst auch Personen, die sich länger in mitteleuropäischen Ländern wie Polen oder Tschechien aufgehalten haben und aufgrund dortiger Versorgungsengpässe weiterwandern würden.



Fragestunde vom 26. September 2022

Frage 22.7739 Bircher

Asyl: Türkei das "neue Eritrea"?

Die Asylgesuche aus der Türkei steigen schon seit zwei Jahren an. Mittlerweile sind Personen aus der Türkei die zweithäufigsten Gesuchsteller in der Schweiz? Was sind die Gründe und wie ist die Anerkennungs- respektive Schutzquote? Wird die Türkei längerfristig das "neue Eritrea"?

Antwort

Wie auch in anderen europäischen Staaten, gehört die Türkei seit dem gescheiterten Putschversuch im Juli 2016 und dessen Auswirkungen auf die Situation vor Ort zu den wichtigsten Herkunftsländern von Asylsuchenden in der Schweiz. Ein weiterer Faktor dürfte die wirtschaftliche Lage in der Türkei sein.

Die Asylgewährungsquote liegt im laufenden Jahr bei 74.7% und die Schutzquote bei 80.1% (Stand: 31.8.2022). Bei der Asylgewährungsquote kann ergänzt werden, dass lediglich rund ein Viertel der Personen originär Asyl erhalten hat. Bei den übrigen Asylgewährungen handelt es sich um Personen, die mittels asylrechtlichem Familiennachzug in die Schweiz gereist sind.

Die Situation in der Türkei ist mit Eritrea nicht vergleichbar.



Fragestunde vom 26. September 2022

Frage 22.7740 Bircher

Illegale Migration: Risiko bei erhöhter Grenzkontrolle durch Frankreich

Die Zahlen der illegalen Migration können dieses Jahr dreimal so hoch werden wie die Jahre zuvor. Da wir kein Rückübernahmeabkommen mit Österreich haben, stellt sich die Frage, was passiert, wenn Frankreich ihre Grenzkontrollen verschärfen würde und die illegalen Migranten an die Schweiz zurückstellen würde?

Antwort

Ein Rückübernahmeabkommen (RüA) zwischen der Schweiz, Österreich und dem Fürstentum Liechtenstein besteht bereits (siehe Frage 22.7666).

Frankreich und die Schweiz sind rechtlich und operativ in einer ähnlichen Situation. Der Grossteil der Migranten, welcher in der Schweiz oder in Frankreich an der jeweiligen Grenze aufgegriffen wird, hat vorgängig in Österreich oder einem anderen Dublin-Staat ein Asylgesuch gestellt. Deshalb sind weder Frankreich noch die Schweiz für diese Personen zuständig. Bei ihnen kommt grundsätzlich das Dublin-Verfahren zur Anwendung. Personen, welche die Einreisevoraussetzungen nicht erfüllen, kein Asylgesuch stellen und von den französischen Grenzkontrollbehörden am Grenzübertritt gehindert werden, werden anschliessend auch in der Schweiz weggewiesen. Die Erfahrungen auch anderer Schengen-Staaten zeigen aber, dass sich die Sekundärmigration alleine mit nationalen Massnahmen an den Binnengrenzen kaum stoppen lässt.

Um der Sekundärmigration im gesamten Schengen-Raum effektiv zu begegnen, sind deshalb Lösungen auf europäischer Ebene gefragt. Die Schweiz unterstützt das verabschiedete Verhandlungsmandat des Rates zur Eurodac- und Screening-Verordnung als erste Schritte zur Reform des europäischen Asylsystems. Die Schweiz beteiligt sich zudem an einer Initiative gleichgesinnter EU-Staaten, die von der EU-Kommission ein Vorgehen zur vollständigen Wiederherstellung aller Dublin-Überstellungen fordert und an einer weiteren Initiative, welche ein Vorgehen gegenüber Staaten des Westbalkans verlangt, deren Visapolitik mitursächlich für die Zunahme irregulärer Migration nach Europa ist. Ebenso ist die Schweiz daran, mit Österreich zusätzliche Massnahmen zu besprechen, um die Sekundärmigration und deren Ursachen besser zu bekämpfen. Auch mit Frankreich wird in diesen Fragen ein regelmässiger Dialog geführt.



Fragestunde vom 26. September 2022

Frage 22.7759 Wobmann Umsetzung Verhüllungsverbotsinitiative

Am 7. März 2021 haben Volk und Stände der Volksinitiative "Ja zum Verhüllungsverbot" zugestimmt. Die entsprechende Ausführungsgesetzgebung sollte innert zwei Jahren erarbeitet werden. Wie sieht nun der aktuelle Stand aus?

Antwort

Die Verabschiedung der Botschaft zum Bundesgesetz über das Verbot der Verhüllung des Gesichts durch den Bundesrat ist im 4. Quartal 2022 vorgesehen.



Fragestunde vom 26. September 2022

Frage 22.7778 Molina

Wie unterstützen die Schweizer Botschaften die Dokumentenbeschaffung für den bewilligten Familiennachzug?

Selbst wenn die Bedingungen für den Familiennachzug aus Afghanistan erfüllt sind und die Angehörigen in die Schweiz einreisen dürften, ist dies häufig unrealistisch, da die verlangten Ausweisdokumente nicht zu beschaffen sind. Seit Februar 2022 findet ein Austausch zwischen den Auslandvertretungen in Islamabad, Teheran und Istanbul, der Konsularischen Direktion des EDA und dem SEM statt. Welche „best practice“ hat sich dabei zur Dokumentenbeschaffung für den Familiennachzug entwickelt?

Frage 22.7779 Atici

Familiennachzug: Warum werden Angehörige zur Dokumentenbeschaffung zurück in die Heimat geschickt?

Es gibt keine einheitliche Anforderung an die beizubringenden Dokumente für den Familiennachzug. Dennoch fordern Schweizer Botschaften Angehörige vor Ort oft dazu auf, sich zwecks Dokumentenbeschaffung an die heimatlichen Behörden zu wenden. Afghan*innen etwa, die sich in einem Drittstaat (z.B. Pakistan) aufhalten, werden dazu zurück nach Kabul geschickt. Dies ist ein klarer Verstoss gegen die Genfer Flüchtlingskonvention. Wie rechtfertigt der Bundesrat diese Praxis und worauf basiert sie?

Antwort

Die Bewilligung der Gesuche um Familiennachzug liegt in der Kompetenz der Kantone. Nach heutigen Erkenntnissen sind grundsätzlich alle für den Familiennachzug erforderlichen afghanischen Dokumente beschaffbar. Die kantonalen Migrationsbehörden können demnach grundsätzlich auch in Nachzugsverfahren von afghanischen Personen den Eingang der erforderlichen Dokumente gemäss dem ordentlichen Verfahren abwarten, bevor sie die Einreise der nachzuziehenden Person bewilligen. Sollte sich im Einzelfall die Beschaffung der Dokumente innert nützlicher Frist als unmöglich erweisen, können die Kantone – nach den allgemeinen Bestimmungen – mit dem SEM nach Lösungen im Einzelfall suchen, unter Berücksichtigung des Rechts auf Familienleben und der aktuellen schwierigen Situation in Afghanistan. So kann das SEM beispielsweise seine Zustimmung zur Bewilligungserteilung geben, wenn trotz fehlendem heimatlichem Pass an der Identität der Person keine grundlegenden Zweifel bestehen. Anlässlich der Verlängerung der Aufenthaltsbewilligung wird dann geprüft, ob eine Papierbeschaffung wieder möglich ist.



Personen, die nicht als Flüchtlinge anerkannt worden sind, können zwecks Dokumentenbeschaffung grundsätzlich in ihr Heimatland reisen. Sie fallen nicht in den Schutzbereich der Genfer Flüchtlingskonvention. Afghanische Staatsangehörige mit Flüchtlingsstatus werden von den Schweizer Behörden nicht zu Reisen nach Kabul aufgefordert.



Fragestunde vom 26. September 2022

Frage 22.7785 Bircher

Milliardenkosten durch bleibende Ukraine-Flüchtlinge

Im Voranschlag 2023 kalkuliert der Bund bei den Kantonsbeiträgen für die Ukraine-Flüchtlinge mit durchschnittlich 100'000 Personen übers ganze Jahr. Dies verursacht Kosten von 1,7 Milliarden Franken.

1. Ist der Bundesrat bereit, die Aufnahme von Flüchtlingen aus der Ukraine bei 75000 Personen zu deckeln?
2. Gibt es eine Möglichkeit Ukrainer aus sicheren Gebieten zur schnellen Rückkehr zu bewegen und damit Schutzbedürftigen Platz zu machen?

Antwort

1. Es gibt keine Kontingentierung bei der Gewährung des Schutzstatus S. Aus der Ukraine geflüchtete Personen erhalten den Schutzstatus S, wenn sie die dafür in der Allgemeinverfügung des Bundesrates vom 11. März 2022 sowie im Asylgesetz vorgesehenen Bedingungen erfüllen. Das oberste Kriterium sowohl beim Schutzstatus S als auch beim regulären Asylverfahren ist, ob jemand den Schutz der Schweiz braucht. Eine Kontingentierung hätte zur Folge, dass aus der Ukraine geflüchtete Personen anstelle eines Gesuchs um Gewährung vorübergehenden Schutzes ein Asylgesuch einreichen würden, zumal sie visumsfrei in die Schweiz einreisen können. Ihre Fluchtgründe müssten sodann in einem aufwändigen Verfahren individuell geprüft werden. Sie würden schliesslich in den allermeisten Fällen in der Schweiz vorläufig aufgenommen werden, da sie aufgrund der Situation in der Ukraine nicht dorthin zurückkehren könnten. Solche individuelle Asylverfahren würden das ohnehin stark beanspruchte Asylsystem zusätzlich belasten. Dies zu verhindern, ist aber eines der Hauptziele des Schutzstatus S, weshalb eine Kontingentierung nicht zielführend ist.
2. Auch in denjenigen Regionen der Ukraine, in welchen die Lage zurzeit relativ ruhig ist, kann nicht von einer nachhaltigen Stabilisierung gesprochen werden. Russland kann auch in diesen Regionen die Gewalt jederzeit und sehr rasch eskalieren lassen. Entsprechend gibt es keine nachhaltig sicheren Gebiete, welche eine regional differenzierte Anwendung des Schutzstatus S rechtfertigen würden. Mit Ablehnung der Motionen 22.3516 Stark, respektive 22.3513 Fraktion V «Re-



gelmässige und dynamische geografische Überprüfung und Anpassung des Status S» sowie der Motion 22.3517 Chiesa, respektive 22.3512 Fraktion V «Reguläres Asylverfahren statt Schutzstatus S für Menschen aus der West-, der Zentral- und der Nord-Ukraine» haben Ständerat und Nationalrat diese Haltung des Bundesrates am 21. September 2022 bestätigt.

Jegliche Anpassung beim Schutzstatus S müsste zudem sinnvollerweise in Absprache mit den europäischen Partnerstaaten geschehen. Eine freiwillige Rückkehr ist aber selbstverständlich möglich. Bis Ende August 2022 sind nach Kenntnis des Bundesrates rund 3000 Personen kontrolliert oder unkontrolliert wieder aus der Schweiz ausgereist.



Heure des questions du 26 septembre 2022

Question 22.7813 Buffat

Coûts de la santé des requérants d'asile et des personnes tenues de quitter la Suisse

Depuis le 1er juin 2019, la caisse maladie CSS assure dans toute la Suisse la couverture maladie obligatoire des requérants d'asile et des personnes tenues de quitter la Suisse. A partir de 2021, la franchise annuelle a été adaptée pour les nouveaux assurés adultes, passant de 300 à 1500 francs. A combien se montent les coûts de la santé des personnes hébergées dans un centre pour requérants d'asile de la Confédération, par année, depuis 2019? Quel est le coût moyen par personne concernée?

Réponse

Les coûts mensuels moyens par personne en termes de franchise et de quote-part étaient de 208 francs en 2019, 173 francs en 2020 et 233 francs en 2021. Les chiffres concernant les coûts de la franchise et de la quote-part pour l'année 2022 ne sont pas encore disponibles.



Fragestunde vom 26. September 2022

Frage 22.7828 Aeschi Thomas

Migrationskrise 2022/23: Ist der Bundesrat bereit, die Schweizer Bevölkerung vor der nächsten Migrationswelle zu schützen?

Die Zahl der aufgegriffenen illegalen Einwanderer betrug 2020 11'043 Aufgriffe und 2021 18'859 Aufgriffe (BAZG-Statistik). Im Aug. 2022 sind die Zahlen explodiert. Wie hoch ist die irreguläre Migration in Österreich, Italien, Osteuropa und dem Balkan? Wie ist die Lage im Vergleich zur Migrationskrise 2015/16? Was unternimmt der BR, um die illegale Einreise in die Schweiz zu unterbinden? Erwägt der Bundesrat die Einführung von systematischen Grenzkontrollen, analog zu Schweden/Dänemark 2015/16?

Antwort

Gemäss Frontex hat die irreguläre Migration auf der Westbalkanroute in den ersten acht Monaten des Jahres 2022 im Vergleich zur Vorjahresperiode um 138% auf rund 70'000 Personen zugenommen. Die irreguläre Migration nach Italien, hier liegen nur die Anlandungszahlen des italienischen Innenministeriums vor, nahm im selben Zeitraum um rund 48% auf 58'000 Personen zu. Die irreguläre Migration in Osteuropa ging gemäss Frontex um rund 50% auf etwas über 3000 Personen zurück. Für Österreich liegen keine Zahlen zu den Aufgriffen von irregulären Migrantinnen und Migranten vor. Da Österreich in der Regel irreguläre Migrantinnen und Migranten zurückweist, die an der Grenze zu Ungarn aufgegriffen werden, ausser sie stellen ein Asylgesuch, ist die Entwicklung der Asylgesuche in Österreich ein guter Indikator. Hier beträgt die Zunahme bei 56'000 Asylgesuchen gegenüber dem Vorjahreszeitraum gut 200%.

Im Vergleich zur Migrationskrise 2015/16 sind die aktuellen Migrationszahlen tief. Allein im Oktober 2015 landeten auf den griechischen Inseln gemäss UNHCR rund 210'000 Personen an. In Österreich trafen zwischen Mitte September und Mitte November 2015 täglich 5000 bis 10'000 Personen ein.

Die Verhinderung von irregulärer Sekundärmigration ist für den Bundesrat wichtig. Die zuständigen Behörden des Bundes und der Kantone stehen in ständigem Austausch, um dieses Phänomen anzugehen.

Um der Sekundärmigration im gesamten Schengen-Raum effektiv zu begegnen, sind Lösungen auf europäischer Ebene gefragt. Die Schweiz unterstützt das verabschie-



dete Verhandlungsmandat des Rates zur Eurodac- und Screening-Verordnung als ersten Schritt zur Reform des europäischen Asylsystems. Die Schweiz beteiligt sich zudem an einer Initiative gleichgesinnter EU-Staaten, die von der EU-Kommission ein Vorgehen zur vollständigen Wiederherstellung aller Dublin-Überstellungen fordert, und an einer weiteren Initiative, welche ein Vorgehen gegenüber Staaten des Westbalkans verlangt, deren Visapolitik mitursächlich für die Zunahme irregulärer Migration nach Europa ist. Ebenso ist die Schweiz daran, mit Österreich zusätzliche Massnahmen zu besprechen, um die Sekundärmigration und deren Ursachen besser zu bekämpfen.

Der Bundesrat hat bereits in der Migrationskrise 2015/16 erwogen, systematische Grenzkontrollen einzuführen. Damals wie auch heute ist er der Ansicht, dass die Kriterien für eine Wiedereinführung nicht erfüllt sind und dass diese auch nicht zielführend wären, da sie unter anderem vermehrt Asylgesuche in der Schweiz zur Folge haben könnten.



Fragestunde vom 26. September 2022

Frage 22.7831 Widmer Céline

Einführung Botschafts asyl für russische Kriegsdienstverweigerer

Präsident Putin hat am 21. September die Teilmobilmachung der russischen Streitkräfte beschlossen. Wie unterstützt der Bundesrat russische Kriegsdienstverweigerer? Ist er bereit, dazu kurzfristig und temporär das Botschafts asyl wieder einzuführen? Setzt er sich im Schengen-Raum für eine solidarische Lösung zur Unterstützung von russischen Regimekritiker*innen ein?

Antwort

Personen, die im Heimat- oder Herkunftsstaat unmittelbar, ernsthaft und konkret an Leib und Leben gefährdet sind, können nach schweizerischem Recht bei einer Schweizer Vertretung mit konsularischen Dienstleistungen ein Visum aus humanitären Gründen beantragen. Die Botschaft in Moskau ist offen und allfällige Gesuche von russischen Staatsangehörigen werden bearbeitet. Die Beantragung eines humanitären Visums ist ein schlankeres und weniger bürokratisches Verfahren als das ehemalige Botschafts asylverfahren. Gefährdeten Personen kann dadurch rasch Schutz gewährt werden. Der Bundesrat sieht daher keinen Anlass, das Botschafts asyl wiedereinzuführen. Bei der individuellen Prüfung von Asylgesuchen russischer Staatsangehöriger trägt das SEM der aktuellen Situation in Russland Rechnung. Kommt das SEM zum Schluss, dass eine Person in ihrem Heimatstaat eine individuelle Verfolgung aus flüchtlingsrechtlich relevanten Gründen zu befürchten hat, wird ihr Asyl gewährt. Erfüllt eine Person die Flüchtlingseigenschaft nicht, wird geprüft, ob Wegweisungsvollzugshindernisse bestehen. Erweist sich der Vollzug der Wegweisung im Einzelfall als unzulässig, unzumutbar oder unmöglich, wird die Person in der Schweiz vorläufig aufgenommen.

Im Rahmen der Schengen-Zusammenarbeit wurde eine solidarische Lösung zur Unterstützung von russischen Regimekritikern und -kritikerinnen nicht vertieft. Die europäische Koordination im Bereich des vorübergehenden Schutzes gilt nur für Personen, die vor dem Krieg in der Ukraine fliehen. Russische Staatsangehörige, die vor dem Regime in Moskau fliehen, können jedoch im Rahmen der regulären Asylverfahren Schutz im Schengen-Raum beantragen.



Fragestunde vom 26. September 2022

Frage 22.7744 Dettling Persönliche Mitarbeiter Bundesrat

Wie viele persönliche Mitarbeiter von Bundesräten stehen aktuell auf der Lohnliste der Eidgenossenschaft?

Wie viele persönliche Mitarbeiter sind aktuell pro Bundesrat angestellt (bitte pro Bundesrat auflühren)

Wie hat sich deren Anzahl in den letzten 20 Jahren entwickelt?

Wie gross ist die Kommunikationsabteilung pro Bundesrat?

Wie hat sich diese Abteilung in den letzten 20 Jahren entwickelt?

Antwort

Gemäss Artikel 39 des Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetzes (RVOG) können Departementsvorstehende persönliche Mitarbeitende anstellen und deren Aufgaben umschreiben. In der Regel werden zwei persönliche Mitarbeitende angestellt. Dies ist jedoch abhängig von den Aufgaben des Departementes und dem Bedarf der jeweiligen Departementsvorstehenden.

Aktuell sind in der Bundesverwaltung 13 persönliche Mitarbeitende von Bundesrätinnen und Bundesräten tätig.

- Bundesrat Ignazio Cassis, EDA: 2
- Bundesrat Alain Berset, EDI: 2
- Bundesrätin Karin Keller-Sutter, EJPD: 2
- Bundesrätin Viola Amherd, VBS: 3
- Bundesrat Ueli Maurer, EFD: 1
- Bundesrat Guy Parmelin, WBF: 2
- Bundesrätin Simonetta Sommaruga, UVEK: 1

Die Anzahl ist über die letzten Jahre relativ stabil geblieben.

Die Kommunikationsabteilungen der Departemente und deren Verwaltungseinheiten werden jährlich in der Staatsrechnung unter Kosten der Öffentlichkeitsarbeit ausgewiesen. Sie umfassten vor zehn Jahren zwischen 20 Vollzeitstellen im EDA und 58 im VBS. 2021 waren es zwischen 28 Vollzeitstellen im EJPD und 88 im VBS. Diese Entwicklung ist hauptsächlich auf drei Faktoren zurückzuführen:



- Erstens auf eine Änderung der Buchungspraxis. Es wurden Personalaufwände neu erfasst, die früher nicht unter den Kosten der Öffentlichkeitsarbeit verbucht wurden.
- Zweitens auf technologische Entwicklungen und die damit verbundenen neuen Möglichkeiten und Bedürfnisse.
- Und drittens auf Krisensituationen, die einen höheren Informationsbedarf zur Folge haben.

Unterschiede in den Abteilungsgrössen der Departemente ergeben sich zudem wegen der unterschiedlichen Aufgaben und Strukturen der Departemente.



Fragestunde vom 26. September 2022

Frage 22.7747 Locher Benguerel

Zielvorgabe Frauenanteil 40%- ist der Bundesrat auf Kurs?

Bis Ende 2023 soll ein Frauenanteil von 40% in allen Leitungsorganen bundesnaher Betriebe gelten. Gemäss IP 21.3057 wird der Stand der Zielerreichung jährlich im Kaderlohnreporting überprüft. Die jüngsten Zwischenzahlen zeigen, dass elf Organisationen z.T. noch weit vom Ziel entfernt sind:

Welche verstärkten Massnahmen unternimmt der Bundesrat bei den betroffenen Unternehmen, um die Zielvorgabe bis Ende 2023 zu erfüllen?

Denkt der Bundesrat, dass die Zielvorgabe erreicht werden kann?

Antwort

Gemäss dem Kaderlohnreporting zum Berichtsjahr 2021 haben 60 Prozent der Unternehmen und Anstalten (16 von 27) die Vorgabe für den Frauenanteil bereits im ersten Berichtsjahr erfüllt. Die bundesnahen Unternehmen und Anstalten sind gehalten, geeignete Kandidaturen vorzuschlagen, um die Zielvorgabe zu erfüllen. Das Ergreifen von allfälligen Massnahmen liegt somit in der Verantwortung der Unternehmen und Anstalten. Diese beauftragen beispielsweise Executive Search Firmen, explizit nach geeigneten weiblichen Kandidaturen zu suchen. Diese Anstrengungen gilt es entsprechend weiterzuführen.

In einigen Fällen, beispielsweise bei der PUBLICA, entzieht sich die Zusammensetzung der obersten Leitungsorgane dem Einfluss des Bundesrates. Bei diesen Einheiten ist der Bundesrat lediglich für die Wahl eines Teils der Verwaltungsratsmitglieder zuständig.

Der Anteil der Frauen in den Leitungsgremien der bundesnahen Unternehmen und Anstalten ist über die letzten Jahre kontinuierlich gestiegen. Der Bundesrat ist daher zuversichtlich, dass bis Ende 2023 die Zielvorgabe erreicht werden kann.



Fragestunde vom 26. September 2022

Frage 22.7758 Wobmann Veränderung Katasterwerte

Im Kanton XY werden die Katasterwerte erhöht. Damit erhöht sich auch das massgebliche Vermögen. Ist daher meine Annahme richtig, dass sich auch die Stellgrössen im interkantonalen Finanzausgleich für diesen Kanton erhöhen? Falls ja, um welchen Prozentsatz?

Antwort

Die Vermögen unterstehen nicht der direkten Bundessteuer, weshalb für die Berechnung des Finanzausgleichs kantonale Steuerdaten verwendet werden. Steigen die Vermögenswerte in einem Kanton, so erhöht sich dadurch auch dessen Ressourcenpotenzial. Diese Erhöhung fällt hier aber gering aus, da die Vermögenswerte mit dem sogenannten Faktor Alpha noch um rund 98,5 Prozent reduziert werden, bevor sie dem Ressourcenpotenzial zugerechnet werden.

Über die effektiven Auswirkungen können keine allgemeinen Aussagen gemacht werden, da diese von der Höhe der Vermögenszunahme und der Ressourcenstärke des Kantons abhängen.



Heure des questions du 26 septembre 2022

Question 22.7801 Addor

Moyens d'actions du Conseil fédéral sur la SSUP

Il y a quelques années, la SSUP a tenté de motiver la population à adopter de nouvelles paroles pour le cantique suisse. Eloigné des préoccupations citoyennes, ce projet n'a pas connu d'adhésion populaire et s'est soldé par un cuisant échec. Pourtant, la SSUP profite de la gestion du Grütli pour propager les fausses paroles. Entre retrait de la gestion de la prairie, conditionnement des contributions financières ou encore émission de directives, quels sont les moyens d'action du CF en la matière?

Réponse

Die Schweizerische Eidgenossenschaft ist aufgrund einer Schenkung durch die Schweizerische Gemeinnützige Gesellschaft (SGG) im Jahr 1860 Grundeigentümerin des Rütli. Die SGG hatte das Rütli im Jahr 1859 gekauft. Gemäss der Schenkungsurkunde von 1860 verwaltet die SGG das Rütli. Die Aufsicht der Stiftung untersteht der Oberaufsicht des Bundesrates.

Eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der SGG vom 17. Februar 2010 regelt die Zusammenarbeit im Immobilienmanagement. Hinsichtlich finanzieller Beiträge hat das Bundesamt für Bauten und Logistik (BBL) die Aufgabe, Anträge der SGG zu Immobilienbedürfnissen zu prüfen und über ihre Umsetzung zu entscheiden. Der Bereich der Verwaltung des Rütli und des kleinen Unterhalts ist der SGG vorbehalten und das BBL hat kein Mitspracherecht.

Die Vereinbarung kann einerseits jederzeit und in gegenseitiger Übereinstimmung aufgelöst oder geändert werden, andererseits auch von jeder Partei unter Einhaltung einer Frist von sechs Monaten jeweils auf das Ende eines Jahres gekündigt werden.



Fragestunde vom 26. September 2022

Frage 22.7827 Guggisberg Schuldenbremse in Gefahr?

Im Voranschlag 2023 rechnet der Bund in den Finanzplänen ab 2024 mit grossen Defiziten im ordentlichen Haushalt. Die Schuldenbremse wird deshalb ab 2024 nicht mehr eingehalten.

Welche Massnahmen ergreift der Bundesrat, damit die in der Verfassung verankerte Schuldenbremse auch in Zukunft eingehalten werden kann?

Antwort

Der Bundesrat ist besorgt, dass die in der Verfassung verankerten Schuldenbremse im Finanzplan 2024-2026 nicht eingehalten ist und der Fehlbetrag von 1 Milliarde im Jahr 2024 auf 3 Milliarden im Jahr 2025 ansteigt.

Der Bundesrat wird spätestens mit der Standortbestimmung zum Voranschlag 2024 im Februar 2023 Massnahmen zur Beseitigung der strukturellen Defizite vorschlagen. Zunächst gilt es aber Mehrbelastungen durch neue Vorhaben zu vermeiden. Deshalb müssen für neue Ausgaben Gegenfinanzierungen, zum Beispiel Einsparungen in anderen Bereichen, gefunden werden. Zukünftige Steuerreformen sollen haushaltneutral ausgestaltet werden.

Der Beschluss des Parlaments für einen vollständigen Abbau der Corona-Schulden ist für den Bundesrat ein Signal, dass das Parlament der Schuldenbremse höchste Bedeutung beimisst.



Heure des questions du 26 septembre 2022

Question 22.7829 Fivaz Fabien

Taxe d'exemption de servir: quelles conséquences suite à la décision du TF?

- Suite à l'entrée en vigueur de la LTEO en 2019, des paiements rétroactifs ont été exigés par les cantons pour les années 2018, en particulier pour des hommes ayant plus de 30 ans naturalisés. Dans un jugement rendu le 4 mai 2022, la 2e Cour de droit public du TF a estimé que la rétroactivité n'était pas légale et a annulé la taxe 2018 d'un recourant.
- Quelles sont les conséquences de cet arrêt au niveau fédéral? - Toutes les taxations rétroactives seront-elles remboursées?

Réponse

Das Urteil des Bundesgerichtes betrifft das Ersatzjahr 2018. Die Konsequenzen des Urteils bei noch nicht rechtskräftigen Verfügungen sind dahingehend, dass die Beträge alle bereits zurückgezahlt wurden. Auf die in Rechtskraft erwachsenen Verfügungen des Ersatzjahres 2018 hat auch ein höchststrichterliches Urteil aus Rechtssicherheitsgründen keine Auswirkungen. Das heisst, diese Beträge können nicht zurückbezahlt werden.